



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Amerikas Strategie 2022–2025



Aussenpolitische Strategie
2020–2023



Amerikas Strategie
2022–2025

Beim vorliegenden Bericht, der vom Bundesrat am 16.02.2022 gutgeheissen wurde, handelt es sich um eine geografische Folgestrategie zur [Aussenpolitischen Strategie 2020–2023](#)  (APS 20–23). Die Verabschiedung der Amerikas Strategie 2022–2025 entspricht einer Massnahme des Bundesrats im Rahmen seiner [Jahresziele 2021](#) .

Vorwort



An einem beliebten Treffpunkt in Bern finden sich auf einer Tafel die geografischen Koordinaten von 13 Berner Städten in den USA sowie deren Distanz zu besagtem Treffpunkt. Doch nicht nur Berner Auswanderer haben ihre Wurzeln in den Namen amerikanischer Ortschaften verewigt. Zahlreiche weitere Orte auf dem ganzen Kontinent bezeugen die Schweizer Herkunft ihrer Gründer: New Glarus, Nova Friburgo, Villa Lugano und Nueva Helvecia sind nur einige Beispiele. Schweizer und deren Nachkommen haben als Präsidenten, Minister, Diplomaten, Brückenbauer oder Super Bowl Gewinner vielerorts die Entwicklung und Geschicke in ihren neuen Heimatländern entscheidend mitgeprägt.

Wie ich auf Reisen vor Ort selber erleben durfte, fühlen viele Schweizer Nachfahren auch nach teils mehreren Generationen in der «neuen Welt» noch eine tiefe Verbundenheit mit den Werten und Traditionen der Schweiz. Diese grösste Schweizer Diaspora ausserhalb Europas leistet einen entscheidenden Beitrag zu den in vielerlei Hinsicht engen Beziehungen, welche die Schweiz heute mit den amerikanischen Ländern pflegt. Diese gehen weit über die seit Jahrzehnten bestehende wirtschaftliche Verflechtung hinaus. So geniesst die Schweiz auch grosses Ansehen für ihre Guten Dienste oder ihre langjährige Entwicklungszusammenarbeit in verschiedenen Ländern.

Auf dieser Grundlage schärft der Bundesrat mit der vorliegenden Strategie seine Politikgestaltung gegenüber den Amerikas. Er setzt dabei Prioritäten und fokussiert einerseits auf diejenigen Staaten, bei denen die Schweizer Interessen am grössten und vielfältigsten sind. Zuvorderst stehen da natürlich die USA mit ihrem enormen wirtschaftlichen und geopolitischen Gewicht. Andererseits befasst sich der Bundesrat bewusst auch mit denjenigen Ländern, aus denen sich die bilaterale Entwicklungszusammenarbeit gemäss der IZA-Strategie 2021–2024 zurückziehen wird.

Solche Prioritätensetzungen sind wichtiger Bestandteil einer strategisch ausgerichteten Aussenpolitik. Sie bedeuten jedoch keine Abkehr von gewissen Regionen und Ländern. Ganz im Sinne der Universalität wird die Schweiz auch in Zukunft auf dem gesamten Kontinent eine starke Präsenz wahren und gezielte Partnerschaften in für beide Seiten Nutzen bringenden Bereichen anstreben.

Analog zu den bereits vorliegenden geografischen Strategien zu MENA, Subsahara-Afrika und China wurde auch die Amerikas Strategie in einem breiten Konsultationsprozess erarbeitet. Die vom Bundesrat verabschiedeten Ziele und Massnahmen tragen dazu bei, die Aussenpolitik der Schweiz gegenüber den Amerikas noch kohärenter und wirksamer zu machen. Auch die Umsetzung wird vom «Whole-of-Switzerland»-Gedanken geleitet sein. Dazu zähle ich auch die Schweizer Diaspora vor Ort. Bern und New Bern, sozusagen!

Bundespräsident Ignazio Cassi
Vorsteher Eidgenössisches Departement
für auswärtige Angelegenheiten

Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung	5
1 Einleitung	6
1.1 Warum eine Amerikas Strategie	8
1.2 Die Schweiz und die Amerikas	9
1.3 Kohärenz	11
2 Geopolitische Auslegeordnung	12
2.1 Weltmacht USA	12
2.2 Regionale Integration und globale Akteure	14
2.3 Regionale Trends	16
3 Nordamerika	20
3.1 USA	22
3.2 Kanada	26
4 Lateinamerika und Karibik	28
4.1 Jaguare Lateinamerikas	29
4.2 IZA-Länder des EDA	36
4.3 Regionalorganisationen	38
5 Partner für die Umsetzung	40
 Anhang 1: Landkarte mit Vertretungsnetz	 42
Anhang 2: Abkürzungsverzeichnis	45
Anhang 3: Glossar	47

Zusammenfassung

Mit der Amerikas Strategie 2022–2025 will der Bundesrat das Profil der Schweizer Aussenpolitik betreffend den amerikanischen Kontinent schärfen und die Kohärenz seiner entsprechenden Aktivitäten weiter stärken.

Die USA sind der zweitwichtigste Handelspartner der Schweiz und das weltweit wichtigste Zielland für schweizerische Direktinvestitionen. Als Weltmacht spielen sie für die Umsetzung der Aussenpolitischen Strategie 2020–2023 eine wichtige Rolle. Mit Kanada gehören ein weiterer G7-Staat und mit Mexiko, Brasilien und Argentinien drei G20-Staaten zum Kontinent. Letzterer ist zudem diejenige Region ausserhalb Europas, in der am meisten Auslandschweizerinnen und -schweizer leben.

Mit der IZA-Strategie 2021–2024 hat der Bundesrat beschlossen, im Rahmen einer stärkeren Fokussierung auf andere Schwerpunktregionen die bilaterale Entwicklungsarbeit des EDA in Lateinamerika und der Karibik bis Ende 2024 einzustellen. Auch diesem Entscheid trägt die vorliegende Strategie Rechnung. Der Bundesrat unterstreicht damit, dass die Schweiz dieser Region trotz der erforderlichen Verzichtsplannung keineswegs den Rücken zukehren wird.

Die Strategie basiert auf einer geopolitischen Auslegung und der Analyse regionaler Trends. Aufgrund der grossen politischen und sozioökologischen Unterschiede ist sie in zwei Subregionen gegliedert – Nordamerika einerseits sowie Lateinamerika und die Karibik (LAK) andererseits.

Der Bundesrat identifiziert dabei fünf geografische Schwerpunkte:

1. USA;
2. Kanada;
3. die «Jaguare» Lateinamerikas (Argentinien, Brasilien, Chile, Kolumbien, Mexiko, Peru);
4. die IZA-Länder des EDA (Bolivien, Haiti, Honduras, Kuba, Nicaragua), wobei hier die Anpassung des aussenpolitischen Portfolios der Schweiz im Zentrum steht;
5. ausgewählte Regionalorganisationen.

Die Strategie legt dar, wie in diesen fünf geografischen Schwerpunkten der Amerikas die Aussenpolitische Strategie 2020–2023 mit ihren vier Themenschwerpunkten (Frieden und Sicherheit, Wohlstand, Nachhaltigkeit, Digitalisierung) umgesetzt wird. Der Bundesrat definiert dabei jeweils Ziele und Massnahmen für die Periode 2022–2025.

Um eine kohärente Umsetzung der Strategie in der Bundesverwaltung sicherzustellen, wird analog zur bestehenden IDAG USA ein Koordinationsgefäss für die LAK-Region geschaffen. Die Strategie erläutert zudem die Zusammenarbeit mit den verschiedenen Partnern. Ein Glossar stellt die begriffliche Klarheit sicher.

1 Einleitung

Die vorliegende Strategie umfasst den gesamten amerikanischen Kontinent, also Nord-, Zentral- und Südamerika sowie die Karibik. Sie deckt eine Region mit insgesamt 35 Ländern ab. Die Strategie trägt dabei dem Umstand Rechnung, dass die USA und Kanada einerseits sowie Lateinamerika und die Karibik (LAK)¹ andererseits durch verschiedene Strukturen gekennzeichnet sind.

Die nordamerikanischen G7-Staaten USA und Kanada sind stabile und eng miteinander vernetzte, wettbewerbsfähige Volkswirtschaften, die sich durch tief verwurzelte demokratische Traditionen, solide Rechtsstaatlichkeit, Innovationsfähigkeit und mehrheitlichen Wohlstand auszeichnen. Die USA sind zwar mit grossen innenpolitischen Herausforderungen konfrontiert. Dazu zählen die politische Polarisierung, aber auch eine grosse sozioökonomische Kluft. Zahlreiche Menschen leben aufgrund ungleicher Bildungs- und Arbeitsmarktchancen unter wirtschaftlich und gesundheitlich prekären Bedingungen. Dies gilt namentlich für ethnische Minderheiten und einkommensschwache Schichten, die unter weit verbreitetem Rassismus und Diskriminierung leiden. Dennoch vermag das Land den Menschen im regionalen und globalen Vergleich insgesamt gute Zukunftschancen zu bieten, auch dank belastbarer Institutionen. Aussenpolitisch spielen die USA aufgrund ihrer Machtfülle ebenfalls eine herausragende Rolle.

In vielen Staaten der LAK-Region ist es demgegenüber nach einer längeren Periode positiver Entwicklungen nicht gelungen, Wachstumstendenzen nachhaltig zu festigen und wirtschaftliche und soziale Potenziale besser zu nutzen. Entwicklungsfortschritte haben abgenommen, entsprechende Krisensymptome haben sich durch die Covid-19-Pandemie verstärkt. Die Abhängigkeit von Rohstoffexporten und deren Preisentwicklung bleibt gross. Die Chancen der Digitalisierung werden in der LAK-Region noch kaum genutzt. Hindernisse für die wirtschaftliche Entwicklung wie mangelhafte Regierungsführung, Korruption und Straflosigkeit, Armut, soziale Ungleichheiten, Gewalt, übermässige Bürokratie, fehlende Infrastruktur sowie ungenügende Bildungs- und Gesundheitssysteme bleiben vielerorts präsent. Menschenrechtsverletzungen sind nach wie vor zahlreich und bleiben häufig ungeahndet. Neuerliche positive Trendwenden bleiben für manche Staaten ein realistisches Szenario, das regionale Bild

ist diesbezüglich uneinheitlich. Aber derzeit dominiert der Eindruck grosser Herausforderungen, wobei sich der Unmut über zunehmende sozioökonomische Disparitäten, schuldenbedingte Kürzungen staatlicher Leistungen und teilweise autoritäre Regierungen vermehrt in Form von Protesten der jungen Generation und des Mittelstands entlädt.

Die Ausgangslagen präsentieren sich also regional unterschiedlich, ebenso die Interessenlagen für die Schweiz. Auch in der vorliegenden Regionalstrategie definiert der Bundesrat deshalb verschiedene geografische Schwerpunkte, im Rahmen derer er Ziele und Schwerpunkte festlegt. Ein besonderes Augenmerk gilt den Beziehungen der Schweiz zu den USA.

¹ Mexiko wird Lateinamerika zugerechnet.



Grafik 1: Die Länder der Amerikas (Quelle: EDA).

1.1 Warum eine Amerikas Strategie

In der [Aussenpolitischen Strategie 2020–2023 \(APS 20–23\)](#) [↗](#) hält der Bundesrat fest, dass die Beziehungen zu Grossmächten wichtiger werden. Die USA sind wirtschaftlich, militärisch, politisch und technologisch nach wie vor die dominierende Macht im internationalen System. Der Umgang der USA mit globalen und regionalen Herausforderungen hat entscheidenden Einfluss auf die Schweiz. Beispiele sind der Klimawandel, die Gestaltung multilateraler Organisationen oder die transatlantische Sicherheitsarchitektur. Dementsprechend sind die USA ein globales Schwerpunktland der Schweizer Aussenpolitik. Der Bundesrat will auf Grundlage dieser Strategie die bilaterale Zusammenarbeit vertiefen. Auch mit Kanada sieht er Potenzial für intensiverte Beziehungen.

In der LAK-Region hat die Schweiz ebenfalls wichtige Interessen. Mit Mexiko, Argentinien und Brasilien sind drei weitere Staaten Mitglieder der G20, wobei Brasilien ebenfalls ein globales Schwerpunktland der Schweiz ist. Verschiedene andere Staaten haben beträchtliches, wenn auch teilweise wenig ausgeschöpftes wirtschaftliches Potenzial, wie dies aus der [Aussenwirtschaftsstrategie des Bundesrates von 2021](#) [↗](#) ersichtlich ist. Für den Finanz- und Rohstoffhandelsplatz Schweiz bleibt Lateinamerika wichtig. Zudem ist die Schweiz interessiert an einer Zusammenarbeit zur Förderung von Stabilität, guter Regierungsführung und Menschenrechten. Der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen und der Kampf gegen den Klimawandel sind weitere wichtige Themen.

Bis 2024 wird in den LAK-Staaten die bilaterale Entwicklungszusammenarbeit des EDA im Rahmen der [IZA-Strategie 2021–2024](#) [↗](#) schrittweise eingestellt. Instrumente der internationalen Zusammenarbeit wie die Humanitäre Hilfe, Globalprogramme, die Friedens- und Menschenrechtsförderung oder die wirtschaftliche Entwicklungszusammenarbeit des SECO werden jedoch dort, wo sinnvoll, weiterhin eingesetzt. Gleichzeitig soll die privatwirtschaftliche, wissenschaftliche sowie bildungs-, gesundheits- und umweltpolitische Zusammenarbeit gefördert werden. Auch dieser Wandel im aussenpolitischen Portfolio der Schweiz soll in der Strategie abgebildet werden.

Im multilateralen Rahmen sind Länder des amerikanischen Kontinents oftmals wichtige Partner der Schweiz. In der APS 20–23 hat der Bundesrat den Ausbau der Zusammenarbeit mit Regionalorganisationen wie der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS), der Pazifik-Allianz oder der CARICOM zu einer Priorität seiner Amerikas-Politik erklärt. Im Fokus stehen Gouvernanz, Menschenrechte, die Bekämpfung von Korruption und Straflosigkeit, wirtschaftliche Entwicklung und Nachhaltigkeit, Katastrophenschutz sowie Innovation und Berufsbildung.

1.2 Die Schweiz und die Amerikas

Die Schweiz pflegt intensive kulturelle und wirtschaftliche Beziehungen zu den Ländern der Amerikas. Diese engen Bande reichen weit zurück. So gründeten Schweizer Auswanderer beispielsweise 1819 mit Nova Friburgo die erste nicht-portugiesischsprachige Siedlung in Brasilien. Die Namen vieler weiterer Städte auf dem ganzen Kontinent bezeugen die schweizerische Herkunft ihrer Gründer. Schweizer Emigranten und deren Nachkommen haben die Entwicklung vieler Länder entscheidend mitgeprägt. Heute lebt etwa ein Viertel aller Auslandschweizerinnen und -schweizer in den Amerikas. Die meisten davon in den USA, Kanada, Argentinien und Brasilien. Das ist die grösste Schweizer Diaspora ausserhalb Europas. Allein in den USA haben etwa eine Million US-Bürgerinnen und -Bürger Schweizer Wurzeln.

Die ersten diplomatischen und konsularischen Vertretungen der Schweiz in den USA, Kanada und Argentinien wurden bereits im 19. Jahrhundert eröffnet. Ein dichtes Netz an Botschaften, Konsulaten, Swiss Business Hubs, Kooperationsbüros sowie Standorten von Swissnex, Pro Helvetia und Schweizer Schulen zeugt von der starken Präsenz und Verflechtung der Schweiz auf und mit diesem Kontinent.²

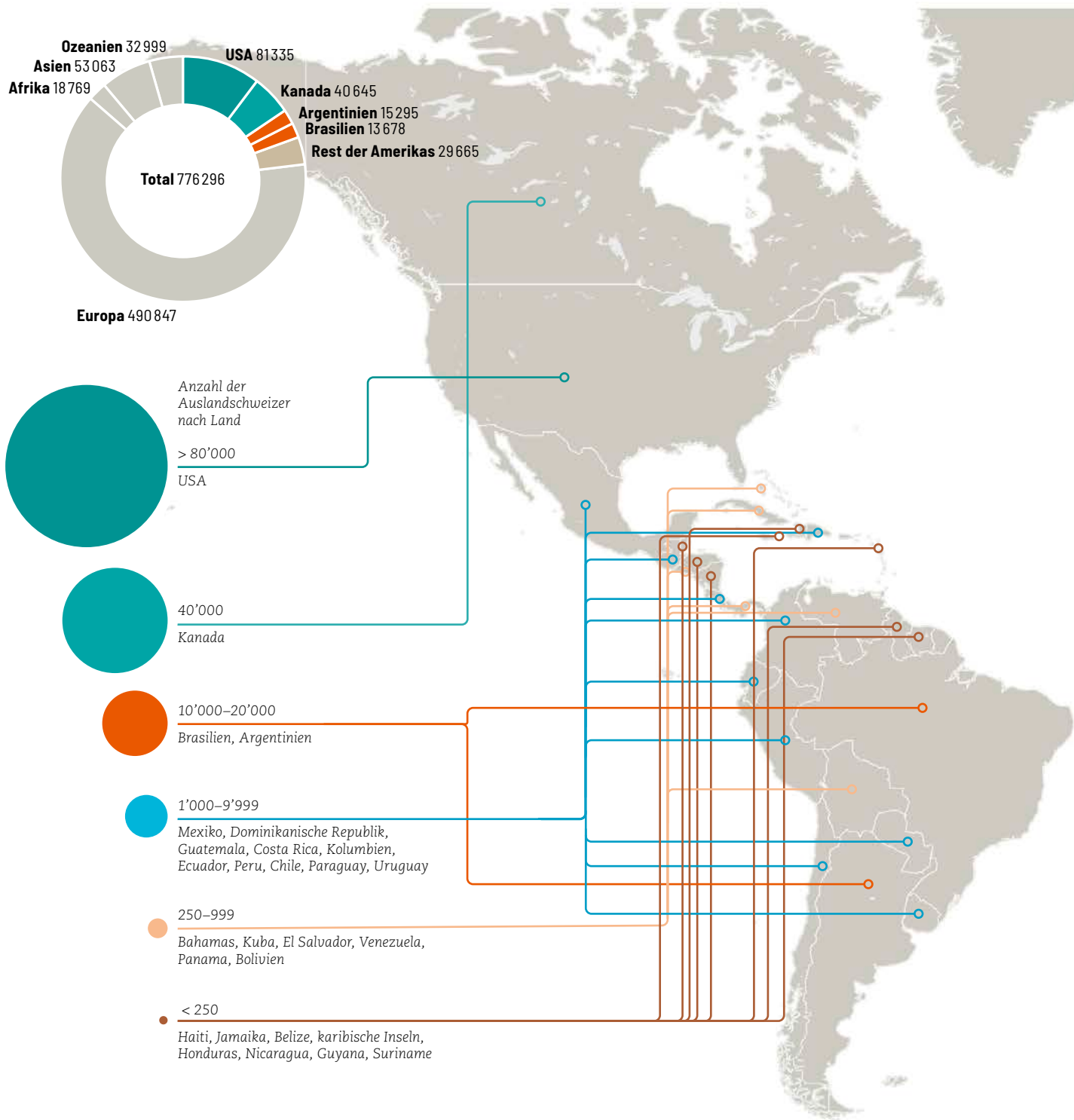
Die Beziehungen sind so vielfältig wie langlebig. Regelmässige politische und sektorielle Dialoge werden mit zahlreichen Staaten gepflegt. Viele schweizerische Unternehmen unterhalten seit Jahrzehnten Niederlassungen, die hunderttausenden Menschen Arbeit bieten. Die USA sind der bedeutendste Investitionsstandort für schweizerische Firmen im Ausland und nach der EU der zweitwichtigste Handelspartner der Schweiz. Der Handel wird durch mehrere EFTA-Freihandelsabkommen unterstützt.³ Diese werden durch zahlreiche Investitionsschutz- und Doppelbesteuerungsabkommen ergänzt. Der Austausch schweizerischer Bildungs-, Forschungs- und Innovationsakteure mit nordamerikanischen Partnern ist intensiv. Dieser Austausch hat in den vergangenen Jahren auch mit Akteuren in Lateinamerika zugenommen.

Hohes Ansehen hat sich die Schweiz durch ihre jahrzehntelange Entwicklungszusammenarbeit und die Humanitäre Hilfe in Lateinamerika und der Karibik geschaffen. Ihre Guten Dienste, wie die Schutzmandate für die USA in Kuba und umgekehrt (2015 beendet) bzw. für die USA im Iran (seit 1980), haben ihr ebenfalls viel Glaubwürdigkeit eingebracht.⁴ Dasselbe gilt für ihr Engagement in verschiedenen kolumbianischen Friedensprozessen.

² Siehe Karte im Anhang.

³ Mit Chile, Costa Rica, Ecuador, Guatemala, Kanada, Kolumbien, Mexiko, Panama sowie Peru. Noch nicht in Kraft ist ein Abkommen mit den Mercosur-Staaten (Argentinien, Brasilien, Paraguay, Uruguay).

⁴ Seit Juni 2019 vertritt die Schweiz auch die iranischen Interessen in Kanada.

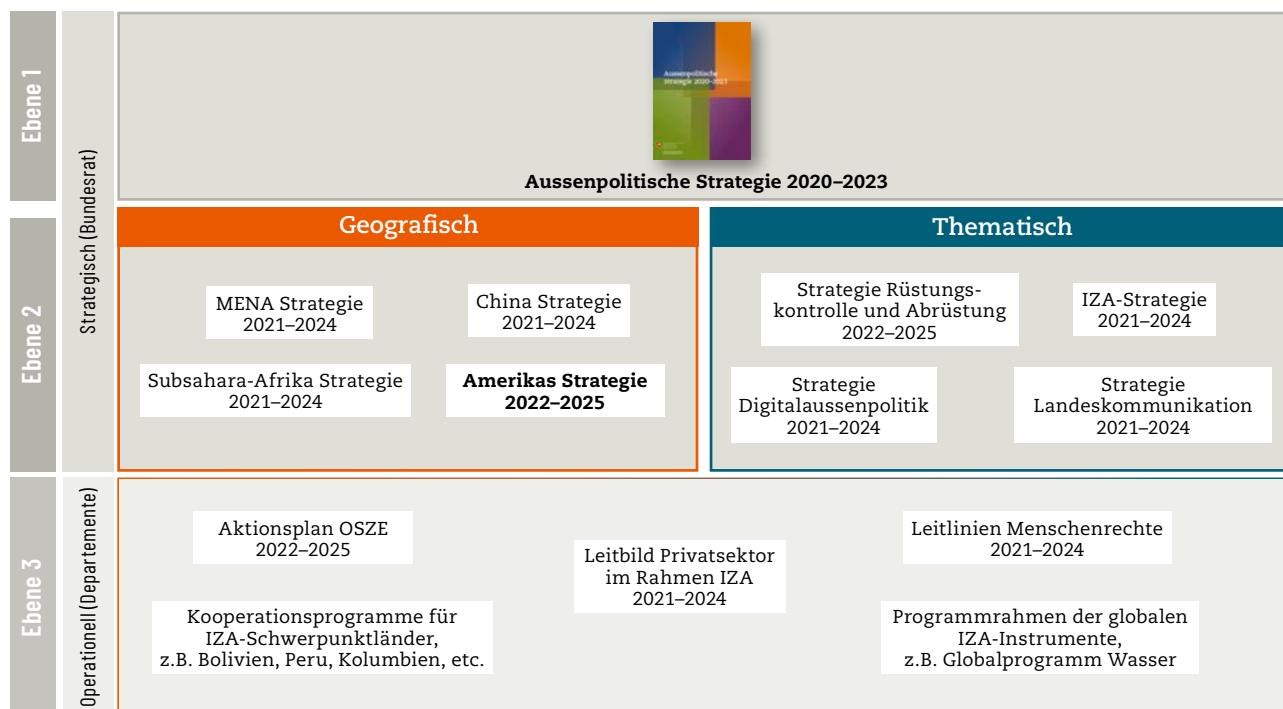


Grafik 2: Auslandschweizerinnen und -schweizer in den Amerikas (Quelle: [Bundesamt für Statistik](#)).

1.3 Kohärenz

Die Amerikas Strategie ist die vierte geografische [Folgestrategie zur APS 20–23](#), nach MENA, Subsahara-Afrika und China. Sie betrifft alle Departemente und wurde zusammen mit diesen ausgearbeitet. Die Strategie identifiziert geografische Schwerpunkte in den Amerikas und zeigt, wie dort die thematischen Schwerpunkte der APS 20–23 – Frieden und Sicherheit, Wohlstand, Nachhaltigkeit und Digitalisierung – jeweils umgesetzt werden. Sie definiert

dabei Ziele und Massnahmen der Schweiz für die Periode 2022–2025. Im Hinblick auf die schrittweise Einstellung der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit des EDA in LAK ist sie im Einklang mit der [IZA-Strategie 2021–2024](#) und den entsprechenden (sub-)regionalen Leitlinien sowie den Kooperationsprogrammen der wirtschaftlichen Entwicklungszusammenarbeit. Die Strategiekaskade dient dazu, die Kohärenz der bundesrätlichen Aussenpolitik sicherzustellen.



Grafik 3: Aussenpolitische Strategiekaskade (Quelle: EDA – illustrative Auswahl von Dokumenten).

Innenpolitische Grundlage bilden neben der [APS 20–23](#), die [Bundesverfassung](#), die relevanten Bundesgesetze⁵, die [Strategie zur Aussenwirtschaftspolitik](#), die [IZA-Strategie 2021–2024](#), die [Strategie Digitalaussenpolitik 2021–2024](#) und weitere sektorielle Strategien des Bundes sowie die [EDA-Leitlinien Menschenrechte 2021–2024](#). Die [Aussenpolitische Vision Schweiz 2028 \(AVIS 2028\)](#) dient als zusätzliche, längerfristige Inspirationsquelle für die Schweizer Aussenpolitik in den Amerikas. Aussenpolitisch gibt die [Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung](#) einen übergreifenden Orientierungsrahmen vor.

Die Amerikas Strategie soll die Zusammenarbeit mit Partnern in- und ausserhalb der Bundesverwaltung stärken und ist dem «Whole-of-Switzerland»-Ansatz verpflichtet. Für die Region LAK ist dies in den nächsten Jahren besonders wichtig

aufgrund des Ausstiegs der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit des EDA. Das SECO unterstützt im Rahmen der wirtschaftlichen Entwicklungszusammenarbeit weiterhin ausgewählte Partnerländer in LAK, mit Fokus auf Kolumbien und Peru. Im Rahmen der thematischen Expertise des SECO (inkl. Privatsektorentwicklung) kann ein Teil der Mittel der wirtschaftlichen Entwicklungszusammenarbeit künftig auch flexibler eingesetzt werden und komplementär zu den Aktivitäten anderer Bundesstellen Verwendung finden.

Vor Ort tritt die Schweiz einheitlich auf, Vertreterinnen und Vertreter des EDA und anderer Departemente arbeiten unter dem Dach der schweizerischen Vertretung zusammen und setzen gemeinsam die Ziele der Strategie um. Die Schweiz nutzt dabei die vielfältige Expertise ihres diplomatischen und konsularischen Personals, der Swiss Business Hub-, Swissnex-, SECO-, SIF- und DEZA-Mitarbeitenden, der Verteidigungs- und Polizeiattachés, der Beraterinnen und Berater für Menschliche Sicherheit, der Angehörigen des Schweizerischen Korps für Humanitäre Hilfe (SKH) sowie den Mitarbeitenden von Schweiz Tourismus und Pro Helvetia.

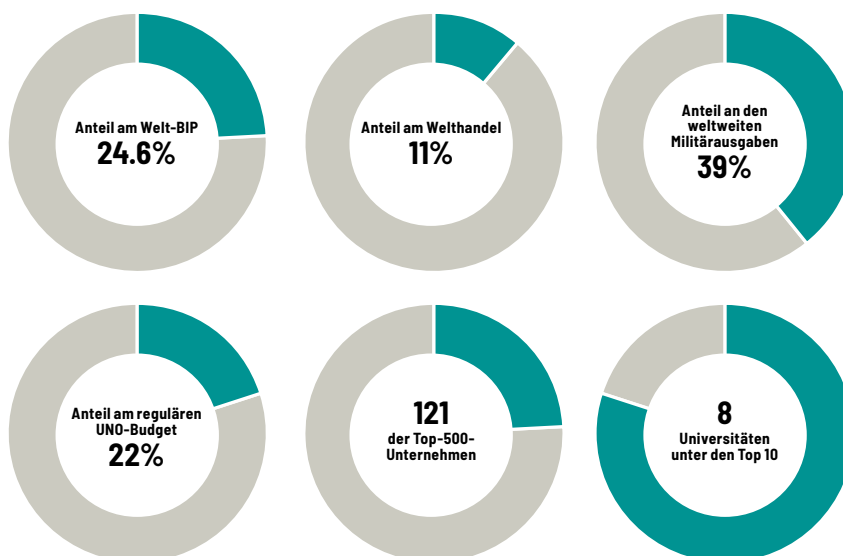
⁵ [Bundesgesetz über die internationale Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe; Bundesgesetz über Massnahmen zur zivilen Friedensförderung und Stärkung der Menschenrechte](#).

2 Geopolitische Auslegeordnung

2.1 Weltmacht USA

Die USA nehmen für die Weltpolitik, dank ihrer einzigartigen wirtschaftlichen und militärischen Macht, ihres kulturellen und medialen Einflusses sowie der in vielen Bereichen unbestrittenen Technologieführerschaft nach wie vor eine führende Rolle ein. Sie verfügen dank ihres Kapitalanteils über die grössten Stimmrechtsanteile in IWF und Weltbank.

Aufgrund ihres hohen Budgetanteils beeinflussen sie in entscheidendem Masse die Geschicke der UNO und ihrer Unterorganisationen. Es gibt kaum ein Land, für das die Wirtschaft und die Politik der USA nicht von massgebender Bedeutung sind, nicht zuletzt auch aufgrund ihres Einflusses auf globale Regulierungsstandards.



Grafik 4: Die USA als dominierende Macht (Quelle: [World Bank](#), [Fortune Global 500](#), [Times Higher Education Rating](#), [EDA](#)).

Doch ihr Status als einzige Weltmacht nach dem Ende des Kalten Krieges ist nicht mehr unangefochten. Mit China ist den USA ein Rivale erwachsen, der das politische Denken und Handeln global und in Washington zunehmend beeinflusst.⁶ Zwar wird die technologische und militärische Führerschaft der USA auf absehbare Zeit weitgehend bestehen bleiben. Doch China wird die USA womöglich noch in diesem Jahrzehnt als grösste Volkswirtschaft ablösen. Gemessen an der Kaufkraft ist dies bereits geschehen. China nutzt diese Wirtschaftskraft für den Ausbau seiner wissenschaftlichen, technologischen und nicht zuletzt militärischen Fähigkeiten und Kapazitäten. Diese untermauern den globalen politischen Einflussgewinn Chinas, welches dem liberal-demokratischen Westen sein eigenes zentralistisch-autoritäres System als Gegenmodell entgegenhält. Diese Systemkonkurrenz wirkt sich ebenfalls auf die von wirtschaftsliberal orientierten Staaten geprägte internationale Wirtschaftsordnung aus. Das amerikanische Modell hingegen hat unter anderem durch den Sturm auf das Kapitol mancherorts an Prestige eingebüsst.

Die USA sehen sich in ihrem Machtanspruch durch China herausgefordert, ja bedroht. Diese Rivalität prägt die sektorielle, bi- und multilaterale amerikanische Politikgestaltung. Eine Strategie und Positionierung gegenüber den USA kann sich deshalb nicht bloss auf rein bilaterale Interessen beschränken. Sie hat die geopolitischen Dynamiken zu berücksichtigen. Dabei bleibt neben China die Eindämmung der geopolitischen Ansprüche Russlands und des Iran im Vordergrund der US-Aussenpolitik.

In diesem Kontext ist der Ton gegenüber traditionellen Partnerländern konzilianter geworden. Die Wiederbelebung bewährter Partnerschaften und Allianzen – insbesondere im transatlantischen und asiatisch-pazifischen Raum – sowie die Stärkung multilateraler Organisationen wurden von Präsident Biden angegangen. Darüber hinaus wird den gemeinsamen Werten wie Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechten zentrale Bedeutung beigemessen. Hervorzuheben ist zudem ein verstärkter Fokus der USA auf die Bekämpfung von Korruption, einschliesslich jener, die von autoritären geopolitischen Widersachern ausgeht. Im Umweltbereich ist der unverzügliche Wiederbeitritt zum Pariser Klimaabkommen ein starkes Signal.

Trotz erhöhter Dialogbereitschaft dürfte der Druck auf gleichgesinnte Staaten und Alliierte insbesondere in Schlüsseldossiers wie China, Sanktionen oder betreffend *Burden Sharing* (die Aufteilung der Kosten etwa im Rahmen des nordatlantischen Verteidigungsbündnisses NATO) jedoch kaum abnehmen. Es ist damit zu rechnen, dass die USA auch im Rahmen einer stärker partnerschaftlich ausgerichteten Aussenpolitik in erster Linie ihren Eigeninteressen verpflichtet bleiben und diese mit dem breiten Spektrum ihrer Machtmittel durchzusetzen suchen.

Entscheidend für die Entwicklung der USA wird der Umgang der amerikanischen Politik mit internen Zerwürfnissen sein. Die tiefe politische Spaltung der Gesellschaft und grosse sozioökonomische Herausforderungen wurden dank des Wachstums der US-Wirtschaft bis Anfang 2020 teilweise übertüncht. Mit dem Ausbruch der Corona-Krise traten die Fragilität weiter Bevölkerungsteile und die Spannungen im politischen System offener zutage. Der Unmut über Rassendiskriminierung, Polizeigewalt v.a. gegen ethnische Minderheiten, wachsende Ungleichheit und mangelnde medizinische Versorgung wurde lauter. Dies führte zu Protesten und Gewaltausbrüchen, wie sie in den USA seit Jahrzehnten nicht gesehen wurden. Das Management dieser Gesundheits-, Wirtschafts-, Gesellschafts- und politischen Krisen durch die Regierung wurde in den Augen vieler US-Amerikanerinnen und Amerikaner als mangelhaft empfunden und förderte eine tiefgreifende Polarisierung der amerikanischen Gesellschaft.

Der von Präsident Biden propagierten «Heilung der Gesellschaft» sowie der Bewältigung der Pandemie und ihrer Folgen gilt unmittelbar die grösste Aufmerksamkeit. Ebenso der Aufarbeitung und Lösung der zahlreichen innenpolitischen Baustellen. Dazu gehört auch die Erneuerung der vielerorts maroden Infrastruktur. Das Ziel einer Befriedigung der sozioökonomischen Bedürfnisse der amerikanischen Wählerschaft beeinflusst auch das aussenpolitische Handeln (Beispiele sind die *Reshoring*-Politik, protektionistische Massnahmen wie *Buy American* und Warenzölle). Der Handlungsspielraum ist aufgrund der gesellschaftlichen Spaltung, der politischen Polarisierung und der knappen Mehrheitsverhältnisse im Kongress aber eng.

⁶ China Strategie 2021–2024, Kapitel 2.2.8.

2.2 Regionale Integration und globale Akteure

Die wirtschaftliche Integration ist auf dem amerikanischen Kontinent unterschiedlich stark fortgeschritten. Die Volkswirtschaften der USA, Kanadas und Mexikos und ihre industriellen Wertschöpfungsketten sind eng miteinander verzahnt. Die Länder sind untereinander jeweils der wichtigste oder zweitwichtigste Handelspartner. Das Nordamerikanische Freihandelsabkommen (NAFTA) von 1994 wurde 2020 durch das neu verhandelte [USA-Mexiko-Kanada-Abkommen \(USMCA\)](#)  abgelöst.

In LAK hingegen gibt es trotz Bestrebungen der regionalen Handelsliberalisierung wie im Rahmen des Mercosur weiterhin hohe protektionistische Hürden. Der intraregionale Handel der vorwiegend auf Verwertung und Ausfuhr von Rohstoffen ausgerichteten Volkswirtschaften ist weit weniger ausgeprägt als beispielsweise in Europa oder im Verband Südostasiatischer Nationen (ASEAN), weil etwa tarifäre und nicht-tarifäre Handelshemmnisse kaum effektiv beseitigt werden. Die Industriebasis dieser Länder ist verhältnismässig klein, wenig diversifiziert, untereinander kaum komplementär und mit wenigen Ausnahmen wenig wettbewerbsfähig. Grosse Distanzen und eine schwierige Topografie in Verbindung mit unzureichend ausgebauten Infrastrukturen erschweren den Austausch zusätzlich.

Die regionale Zusammenarbeit orientiert sich oft entlang ideologischer Positionen. Diese können bei jedem Regierungswechsel abrupt ändern. Das führt zu sich laufend verändernden Allianzen. Einer regionalen, integrativen Lösungsfindung ist dies nicht förderlich. Darunter leiden verschiedene regionale Initiativen wie CELAC, MERCOSUR, SICA, UNASUR, PROSUR oder ALBA.⁷ Diese sind zumeist eher politische denn wirtschaftliche Bündnisse. Von einem umfassenden einheitlichen Wirtschaftsraum, wie ihn die Lateinamerikanische Integrationsvereinigung ALADI propagiert, bleibt die Region weit entfernt.

Die Pazifik-Allianz mit Chile, Kolumbien, Mexiko und Peru ist in diesem politischen Wechselspiel eine Ausnahme. Trotz unterschiedlicher Regierungskonstellationen wird lose an Themen von gemeinsamem Interesse gearbeitet. In der Karibik versucht die CARICOM mit ihren zahlreichen sektoriellen Unterorganisationen, die Entwicklung und Zusammenarbeit ihrer Mitgliedstaaten zu fördern.

Die Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) als einzige überregionale Organisation⁸ spielt eine wichtige Rolle bei der Wahrung von Demokratie und Menschenrechten. Allerdings leidet auch die OAS an den ideologischen Bruchlinien innerhalb des Kontinents.

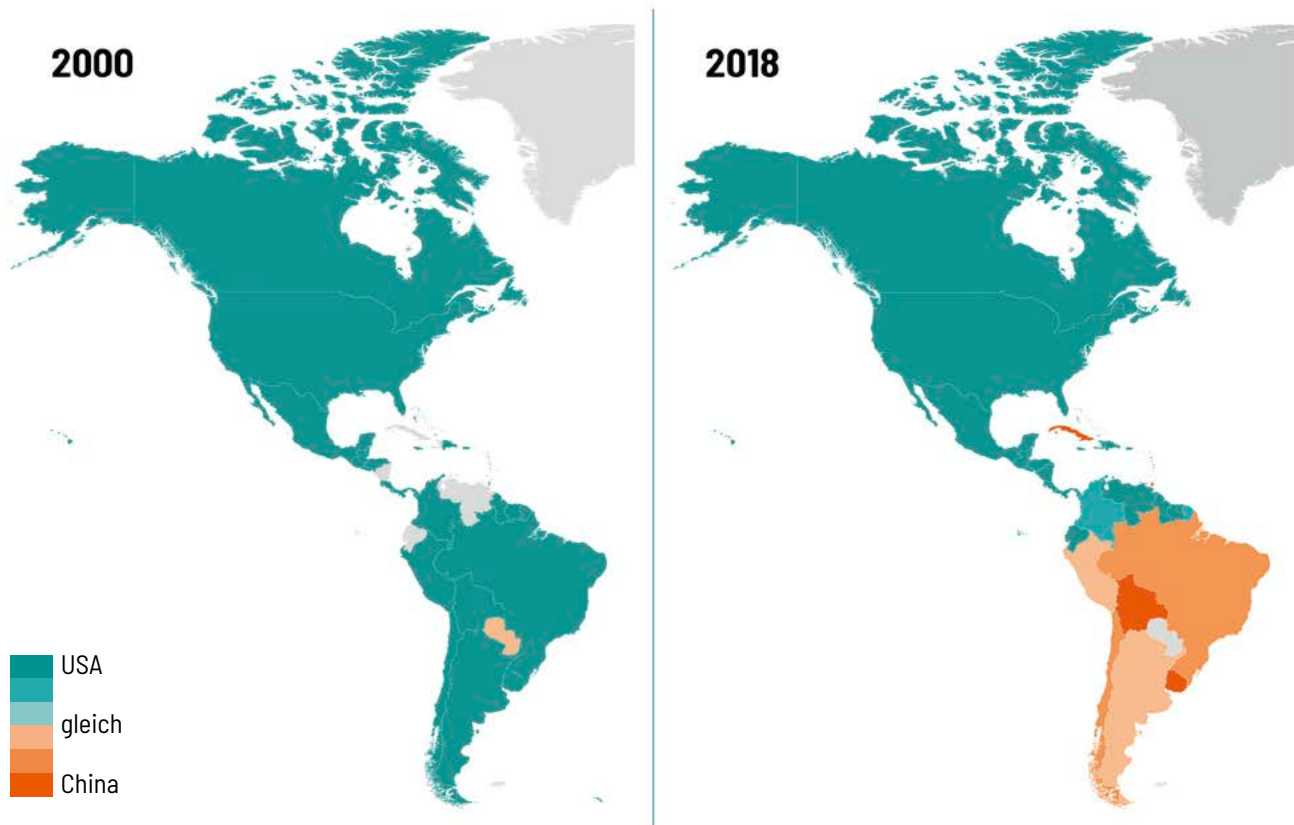
Auf dem amerikanischen Kontinent herrscht auf zwischenstaatlicher Ebene trotz einzelner Grenzstreitigkeiten Frieden. Staatenübergreifendes Konfliktpotenzial bergen vor allem Fluchtbewegungen, die irreguläre Migration sowie Drogen-, Waffen- und Menschen schmuggel. Die durch den wirtschaftlichen Zusammenbruch in Venezuela beschleunigte Emigration ist eine Bürde für die Zielländer der mittlerweile etwa 6 Millionen Vertriebenen. Die Migrationsbewegungen aus Zentralamerika nach Nordamerika wirken sich belastend auf das Verhältnis der betroffenen Staaten und gerade in den USA auch innenpolitisch stark aus.

LAK war bisher nicht im Zentrum des geopolitischen Ringens der Grossmächte. Den bedeutendsten Einfluss hatten seit dem 19. Jahrhundert in erster Linie die USA. In den letzten Jahrzehnten hat sich deren aussenpolitisches Interesse jedoch zunehmend dem asiatisch-pazifischen und eurasischen Raum zugewandt. In LAK konzentrierten sich die Bemühungen der USA darauf, mit politischen und anderen Druckmitteln sozialistische Regierungen – namentlich in Kuba, Venezuela und Nicaragua – sowie den Drogenhandel, die organisierte Kriminalität und die irreguläre Migration einzuhegen.

Das aufgrund anderer Prioritäten und im Vergleich zu früher geringere Interesse der USA an der Region versucht China zu nutzen, beispielsweise über Kredite, Infrastrukturfinanzierungen oder neuerdings auch mit seiner «Impfstoff-Diplomatie». Interessiert am grossen Ressourcenreichtum baut es seine wirtschaftliche Präsenz stetig aus. Für viele Länder der Region ist unterdessen China der wichtigste Handelspartner. Auch andere Staaten wie Russland oder Indien suchen sich zunehmend ihre Nischen.

⁷ Siehe Abkürzungsverzeichnis.

⁸ Einzig Kuba ist nicht aktives Mitglied. Zudem hat Nicaragua im November 2021 seinen Austritt aus der Organisation angekündigt.



Grafik 5: Verschiebungen im Welthandel – Visualisierung des jeweils wichtigeren Handelspartners (USA oder China) in 2000 und 2018 (Quelle: Lowy Institute basierend auf IWF, Direction of Trade Statistics).

Die EU und europäische Staaten pflegen aufgrund historischer, kultureller und sprachlicher Gemeinsamkeiten enge Beziehungen mit den Ländern der Region. Sie verfolgen eine breiter verstandene Interessenpolitik, die auch die Förderung von Gouvernanz, Demokratie, Frieden und Menschenrechten sowie Wohlstand in LAK umfasst. So schloss die EU bis anhin 27 Assoziations-, Handels- und Kooperationsabkommen mit Staaten der LAK-Region. Zudem ist sie die wichtigste Investorin in der Region und grösste Geberin für die Zusammenarbeit

im Bereich der nachhaltigen Entwicklung. Darüber hinaus lancierte die EU einen *Digital for Development* (D4D) Hub, um den digitalen Wandel mittels Austausch von Wissen, technischer Unterstützung und Investitionen in LAK zu fördern. Das Engagement der EU wird in der Region teils mit Argwohn betrachtet und mit Verweis auf die Souveränität der betroffenen Staaten auch kritisiert, insbesondere von Regierungen mit autoritären Tendenzen.

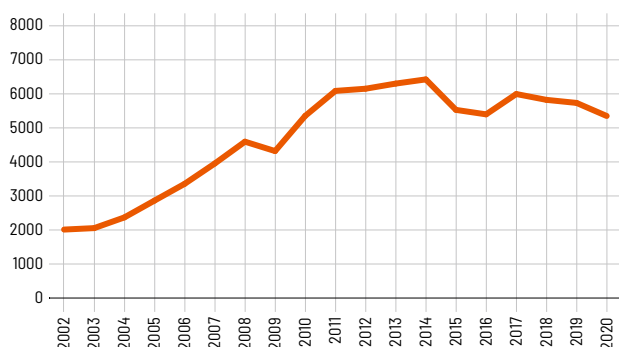
2.3 Regionale Trends

Wirtschaft

Die volkswirtschaftlichen Diskrepanzen innerhalb des amerikanischen Kontinents sind enorm. Im Norden finden sich die hochentwickelten, global stark vernetzten Volkswirtschaften der USA und Kanadas mit funktionierenden rechtsstaatlichen Institutionen. BIP pro Kopf, Lebensstandard und Lebenserwartung in Kanada und den USA gehören zu den höchsten der Welt. Allein die USA erzeugen knapp einen Viertel der weltweiten Wirtschaftsleistung.

Auf der anderen Seite gibt es strukturschwache Länder mit grosser Armut. Die LAK-Region verzeichnete zu Beginn des 21. Jahrhunderts bemerkenswerte Wachstumsraten. Im letzten Jahrzehnt jedoch nahmen die Entwicklungsfortschritte ab und das Wachstum blieb im internationalen Vergleich unterdurchschnittlich. Phasen des Aufschwungs in Zeiten hoher Rohstoffpreise wurden nicht zur dringend notwendigen Durchführung struktureller Reformen, Stärkung der Infrastruktur und Diversifizierung der Wirtschaft genutzt. So bleiben der Bergbau und die Landwirtschaft tonangebend, die industrielle Wertschöpfung vielerorts schwach. Ungünstige Rahmenbedingungen, mangelnde Rechtssicherheit und ein trotz Verbesserungen ungenügendes Bildungsniveau wirken sich hinderlich auf Innovationskraft und Wettbewerbsfähigkeit aus.

LAK verfügt über reiche Rohstoffvorkommen und gehört zu den weltweit grössten Agrarproduzenten. Der Aufbau nachhaltiger Lieferketten im Rohstoffbereich bleibt allerdings eine Herausforderung. Das stetige Wachstum aufgrund des Rohstoffbooms in den 2000er Jahren hatte zu einer nennenswerten Armutsreduktion und einem Erstarken der Mittelklasse beigetragen. Dank der Verbesserung der Basisgesundheit und Grundbildung konnten Millionen von Menschen bis zu Beginn des letzten Jahrzehnts ihre Lebensbedingungen merklich verbessern. Die soziale Ungleichheit blieb jedoch grösstenteils bestehen.



Grafik 6: Entwicklung des BIP in Milliarden USD in der LAK-Region seit 2002 (Quelle: [Weltbank](#)).

Mit 6.7% schrumpften die LAK-Wirtschaften in der Covid-19-Krise 2020 stärker als in jeder anderen Region.⁹ Die langfristigen Folgen sind noch nicht absehbar. Es zeichnet sich aber ab, dass Entwicklungsfortschritte früherer Dekaden vielerorts zunichtegemacht werden. Wo die Staatsverschuldung aufgrund der Pandemie gestiegen ist, wird der Handlungsspielraum der Regierungen zusätzlich eingeschränkt. Über die Hälfte der Arbeitnehmerschaft verharrt in der Schattenwirtschaft. Die resultierende ökonomische Fragilität vieler Menschen ist hoch. Gemäss Schätzung der UNO sind 24 Millionen Menschen aus der Mittelklasse infolge der Covid-19-Krise zurück unter die Armutsgrenze gefallen. Die mitunter weltweit höchsten Ungleichheiten bzgl. Einkommen, Vermögen, Bildung und Zugang zu medizinischer Versorgung innerhalb der Länder verschärfen sich ebenfalls.

Auch in den USA mit ihrem schwachen Arbeitnehmerschutz und fehlendem staatlichen Auffangnetz förderte die Covid-19-Krise den schmalen Grat zwischen Mittelstand und Armut zutage. Die Ungleichheiten nehmen zu. Grosskonzerne, insbesondere aus der Tech-Branche, reizen ihre quasi-monopolistische Marktmacht aus. Protektionistische Tendenzen nehmen zu und führen zu Unsicherheiten auf den Weltmärkten. Der Handelskonflikt der USA mit China bringt Kollateralschäden mit sich, eröffnet insbesondere in Mexiko und Zentralamerika aber auch Chancen als alternative Investitionsstandorte und Handelspartner.

Gouvernanz

Seit den 1980er Jahren ist in den Amerikas eine deutliche Ausweitung der Demokratie erfolgt. Staatliche Institutionen sind stabiler geworden, Wahlen sind in den meisten Ländern frei und fair und der Bevölkerung werden vermehrt Mitspracherechte zugestanden. Die Zivilgesellschaft ist erstarkt und verschafft sich Gehör, auch durch die Sozialen Medien.

Der Rechtsstaat bleibt jedoch in der Mehrzahl der Länder Lateinamerikas fragil und die anhaltende Straflosigkeit gefährdet die Fortschritte bei den Menschenrechten. Der Ausübung des Rechts auf Versammlungsfreiheit, zum Beispiel im Rahmen von Protesten, wird in vielen Ländern der Region mit übermässiger Gewaltanwendung seitens der Sicherheitskräfte begegnet. Lateinamerika ist die Region, in der am meisten Personen umgebracht werden, die sich für die Menschenrechte und die Umwelt einsetzen.¹⁰ Zudem wurden in den letzten Jahren in mehreren Ländern Gesetze zur Eindämmung des Engagements der Zivilgesellschaft verabschiedet.

⁹ [Weltbank, 29. März 2021](#).

¹⁰ [Front Line Defenders Global Analysis 2020](#).

Schlechte Regierungsführung, mangelnde Rechtsstaatlichkeit, Nepotismus, Korruption und Straflosigkeit sowie ineffiziente Bürokratie behindern die nachhaltige Entwicklung der Region. In vielen Ländern Amerikas sind wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte wie Zugang zu Bildung, Gesundheitsversorgung sowie genügend und gutem Wasser nicht für alle gewährleistet. Nichtstaatliche Akteure wie die Drogenkartelle sorgen für rechtsfreie Räume bzw. füllen diese aus, mit schweren Konsequenzen bezüglich Sicherheit und Menschenrechte.

Ökologie

Der amerikanische Kontinent ist stark vom Klimawandel betroffen. Steigende Meeresspiegel bedrohen die Lebensgrundlage von Küstengebieten und den Inselstaaten in der Karibik. Im und um das karibische Becken sind extreme Wetterereignisse (etwa Wirbelstürme) bereits häufiger und heftiger geworden. Gleiches gilt für Waldbrände im Amazonas, dem brasilianischen Pantanal oder Kalifornien infolge Trockenheit. Die Schäden sind immens. Sie treffen in LAK häufig auch vulnerable und indigene Bevölkerungsgruppen. Der fortschreitende Klimawandel lässt eine Verschärfung dieser Tendenzen erwarten.

Gleichzeitig nimmt der Druck auf das ökologische Gleichgewicht durch direkte menschliche Einwirkung und Übernutzung zu. Der Kontinent ist reich an Rohstoffen und natürlichen Ressourcen. In Zentral- und Südamerika wird Brandrodung zwecks Viehwirtschaft und Anbau von Monokulturen betrieben. Das zerstört wichtige CO₂-Speicher und reduziert die Biodiversität. Der Raubbau im Amazonas verringert auch die Niederschlagsmengen und gefährdet die

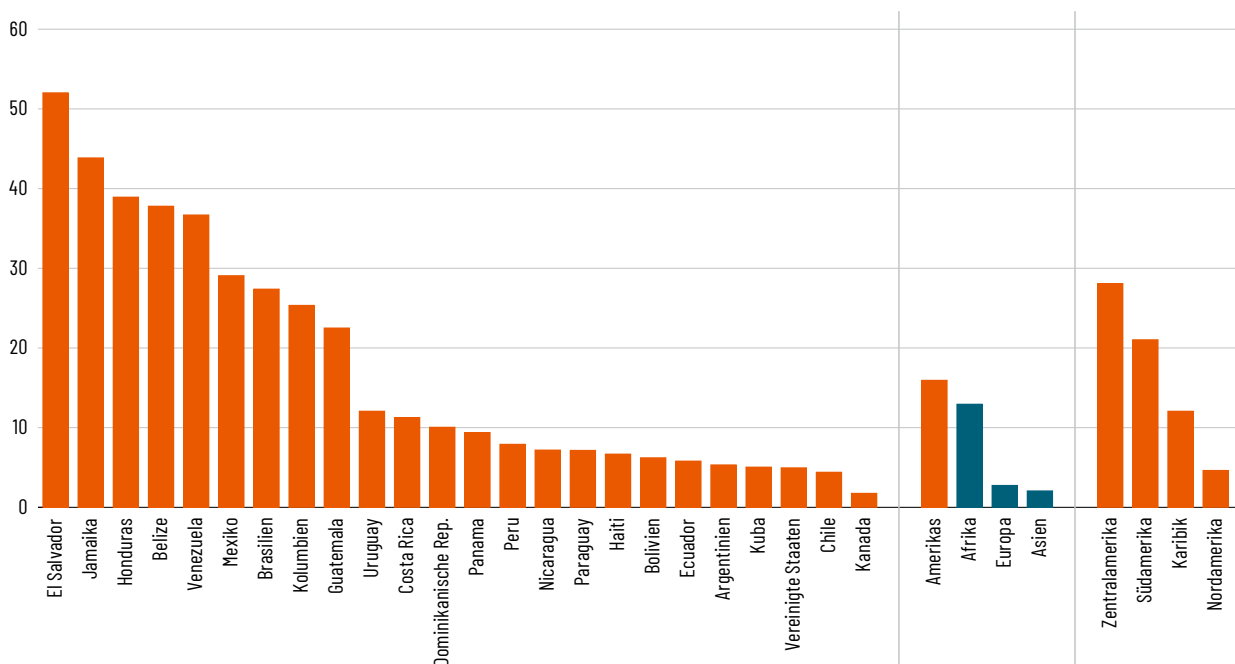
Agrarwirtschaft. Diese Herausforderungen haben auch starke menschenrechtliche Konsequenzen vor allem auf die Rechte von indigenen Gemeinschaften. Die teils illegale Rohstoffverwertung führt zu Umweltverschmutzung. In Nordamerika ist der ökologische Fussabdruck aufgrund des Konsumverhaltens weit überdurchschnittlich.

Naturkatastrophen sind eine Bedrohung für die nachhaltige Entwicklung vieler Länder der Region. Sie nehmen immer grössere Ausmasse an. Grund dafür ist neben dem Klimawandel eine Kombination aus schwacher oder fehlender Gouvernanz, Korruption, stark angewachsenen Metropolen und einer Übernutzung der natürlichen Ressourcen.

In Staaten mit einer Produktion fossiler Energieträger oder einem gewichtigen Landwirtschaftssektor wird der Klimawandel bisweilen geleugnet und die Notwendigkeit von Umweltmassnahmen kleingeredet. Gleichzeitig steigen bei vermögenden Konsumenten das Umweltbewusstsein und das Interesse an energieeffizienten Technologien. Der Wiederbeitritt der USA zum Pariser Klimaabkommen dürfte der Thematik zusätzlichen Schub verleihen.

Sicherheit

Im letzten bedeutenden und langandauernden innerstaatlichen Konflikt auf dem amerikanischen Kontinent in Kolumbien hat das Friedensabkommen der Regierung mit den FARC von 2016 eine positive Wirkung auf die Sicherheit entfaltet. Jedoch leiden weite Gebiete des Landes noch immer unter der Gewalt einer Vielzahl bewaffneter Gruppierungen. Weiterhin sterben auf dem Kontinent so viele Menschen



Grafik 7: Mordrate (pro 100 000 Einwohner) in den Amerikas und im internationalen Vergleich, 2018 (Quelle: [World Bank](#) &).

wie sonst nirgends durch Waffengewalt. Allein in den USA, Brasilien und Mexiko sind es jährlich Zehntausende. Grund sind die hohe Kriminalitätsrate in Lateinamerika sowie die weite Verbreitung von Schusswaffen (v.a. in den USA, Zentralamerika und Haiti). Das dortige organisierte Verbrechen zeigt enorme Gewaltbereitschaft. Drogen- und Waffenschmuggel sowie Menschenhandel und die illegale Ausbeutung von natürlichen Ressourcen versprechen hohe Gewinnmargen. Diese «Märkte» werden durch grosse Brutalität gesichert. Journalistinnen und Journalisten werden in manchen Ländern regelmässig Opfer von bewaffneter Gewalt, ohne dass diese Staaten ihre Schutzpflicht wirksam wahrnehmen.

In mehreren Staaten ist die Polizeigewalt hoch, insbesondere gegenüber Minderheiten und verletzlichen Gruppen. Vielerorts eingesetzte private Sicherheitskräfte, häufig nur mangelhaft durch den Staat kontrolliert, sind ebenfalls oft für Menschenrechtsverletzungen verantwortlich. Staatliche wie private Sicherheitskräfte beteiligen sich zudem nicht selten am organisierten Verbrechen. Schwache Gouvernanz in Sicherheitsfragen und weitverbreitete Straflosigkeit in LAK tragen dazu bei, dass zahlreiche Verbrechen, gerade auch die weit verbreitete Gewalt gegen Frauen, ungesühnt bleiben.

Migration

Eine der grössten globalen Migrationsbewegungen der letzten Jahre hat ihren Ursprung in Venezuela. Das Land bietet grossen Teilen der Bevölkerung keine wirtschaftliche Lebensgrundlage mehr. Seit 2015 ergriffen deshalb rund 6 Millionen Menschen die Flucht. Gemäss dem UNHCR stammten 2020 nur aus Syrien mehr international Vertriebene als aus Venezuela.¹¹ Neben der Suche nach einem Auskommen sind die repressive Regierungspolitik und die hohe Kriminalität weitere Gründe. Die meisten Vertriebenen haben Zuflucht in den Nachbarländern gefunden, leben aber auch dort oft unter prekären Bedingungen.

Kriminalität, fehlende ökonomische Perspektiven, Gewalt, politische Repression oder Naturkatastrophen sind auch in Zentralamerika und der Karibik die Hauptgründe für die Auswanderung oder gar Flucht zahlreicher Menschen. Allein in Zentralamerika sind mehr als 1 Million Personen davon betroffen. Ziel sind meistens die USA. Abgesehen von Spanien ist Europa kaum eine wichtige Destination für lateinamerikanische Migrantinnen und Migranten. Nicht selten endet die Suche nach einem besseren Leben in Nachbarländern wie Mexiko, Costa Rica oder der Dominikanischen Republik. Im Zuge der von der letzten US-Regierung verstärkten Sicherung der Grenze zu Mexiko, zwecks Unterbindung der irregulären Einwanderung, hat auch Mexiko seine eigene Südgrenze stärker gesichert. Für viele Migrantinnen und Migranten bleibt die Situation auch am Zielort prekär. Oft sind sie Opfer von Missbrauch und Ausbeutung. Ihre Geldtransfers in ihre Herkunftsländer sind dort aber eine wichtige Einnahmequelle.

Demografie

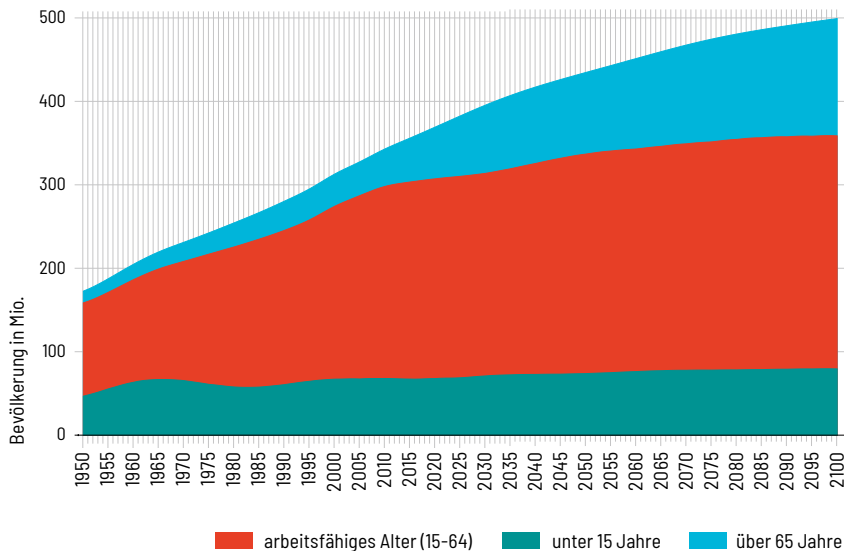
Die dynamischen Wirtschaftsstandorte USA und Kanada ziehen viele arbeitswillige Migrantinnen und Migranten aus der ganzen Welt an und haben gleichzeitig relativ hohe Fruchtbarkeitsraten. Die Folge davon ist eine grosse ethnische Vielfalt der Gesellschaft wie auch eine Tradition der wirtschaftlichen und sozialen Integration von Immigranten. Wenn sich diese Trends wie erwartet fortsetzen, werden die USA und Kanada von einer stetig wachsenden Bevölkerung mit einer wachsenden Zahl von Arbeitskräften und einer langsameren Alterung der Bevölkerung profitieren. Doch schürt die Migration auch Statusängste. Ein Teil der Bevölkerung sieht darin eine Bedrohung seines Wohlstandes und fordert mehr Abschottung. Die Diskriminierung von Minderheiten ist weiterhin ein Problem.

LAK ist es bisher nicht gelungen, die potenzielle demografische Dividende einzufahren. Die dortige Altersstruktur nähert sich inzwischen jener in Europa, den USA und Kanada an, ohne vergleichbare Einkommen pro Kopf erreicht zu haben. Grund sind sinkende Geburtenraten und die Emigration von Menschen im arbeitsfähigen Alter. In einigen Ländern wird die Bevölkerungszahl in einigen Jahren zu sinken beginnen. Dies wird zu einem Rückgang der Gesamtbevölkerung, einschliesslich der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter, führen und der Region klare demografische Nachteile bringen. Die teils rudimentären Rentensysteme drohen in Schieflage zu geraten.

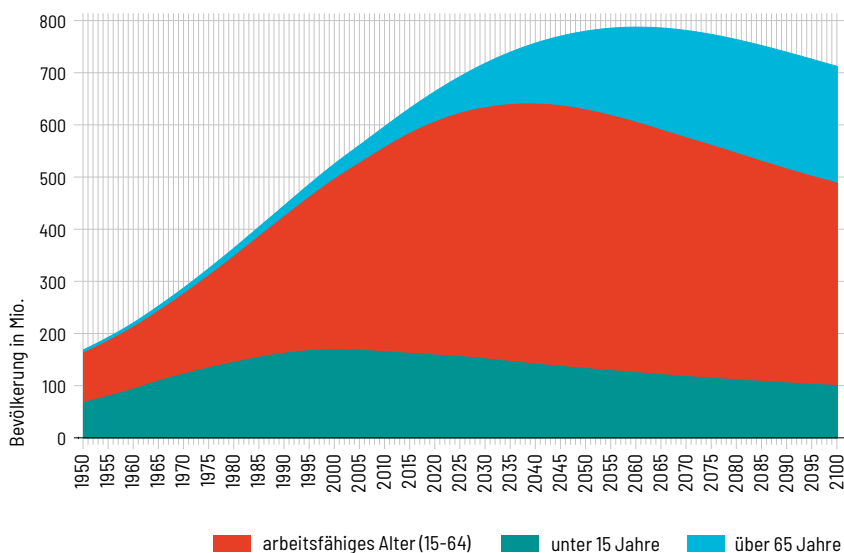
Diskriminierung ist in LAK weit verbreitet. Besonders vulnerable Gruppen wie Menschen in Armut, *People of Colour*, Frauen, LGBTIQ+ und indigene wie rurale Bevölkerungsgruppen sind davon betroffen. Benachteiligungen manifestieren sich u.a. beim Zugang zu Bildung, Arbeitsmarkt, Gesundheitsversorgung, Politik und Rechtssystem. Die Bereitschaft der Eliten, eine vermehrt inklusive Entwicklung zuzulassen, ist gering. Doch die Zivilgesellschaft ist dank wachsender und besser informierter Mittelschichten erstarkt und fordert Mitsprache bei Reformen.

¹¹ UNHCR Global Trends: Forced Displacement in 2020 .

NORDAMERIKA



LATEINAMERIKA UND KARIBIK



Grafik 8: Demografische Entwicklung in den Amerikas, 1950–2100 (Quelle: UNDESA World Population Prospects 2020).

Fazit

In der Summe ergibt sich aus der Analyse, dass zwar verschiedene Trends gesamtregional wirken, sich aktuell aber überwiegend Unterschiede zwischen Nord- und Lateinamerika akzentuieren. Die LAK-Region steht seit einigen Jahren im Zeichen verschiedener Negativentwicklungen. Dieser Eindruck lässt sich allerdings teilweise relativieren, wenn man globale Indizes bezieht: So befinden sich von den weltweit 57 «fragilen Kontexten», die die OECD 2020 identifizierte, nur deren 5 in LAK – Guatemala, Haiti, Honduras, Nicaragua und Venezuela.¹² Auf der UNO-Liste der 46 am

wenigsten entwickelten Staaten findet sich nur Haiti.¹³ Auch in den Demokratie-Rankings figuriert die grosse Mehrheit der LAK-Staaten nicht auf den hinteren Plätzen.¹⁴ Die Region hat in mancher Hinsicht an Dynamik verloren, ist aber im internationalen Vergleich keine Zone der Instabilität und hat im Rahmen der Pandemiebewältigung durchaus auch neue Chancen, positive Reformschritte einzuleiten.

¹² OECD States of Fragility 2020.

¹³ UNCTAD Least Developed Countries List.

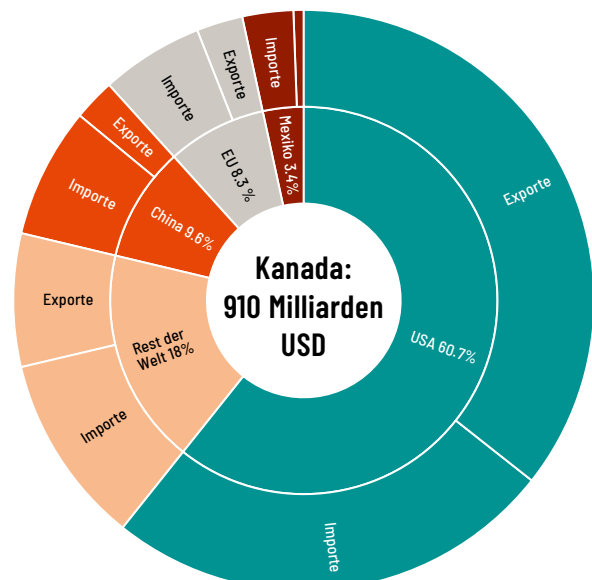
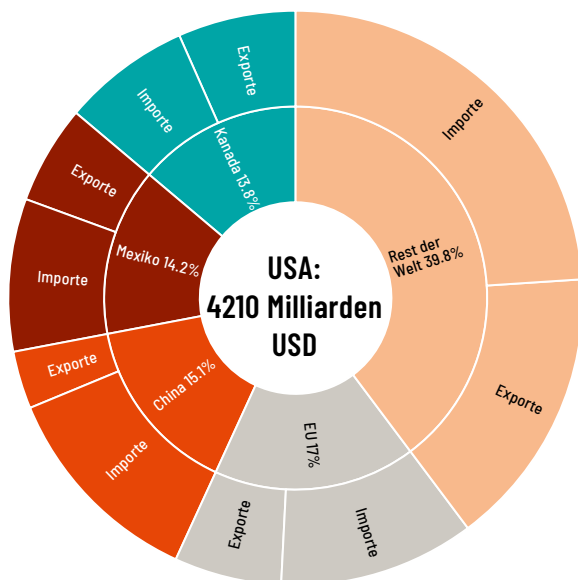
¹⁴ Congressional Research Service, Democracy in Latin America and the Caribbean: A compilation of Selected Indices, 24 May 2021.

3 Nordamerika

Ausgehend von der geopolitischen Auslegeordnung legt der Bundesrat geografische Schwerpunkte seiner Amerikas-Politik fest. Dabei trägt er zunächst der grossen Bedeutung Nordamerikas für die Schweiz Rechnung. Keine andere Region der Welt ist Europa und damit der Schweiz wirtschaftlich, politisch und kulturell derart verbunden. Und mit keiner anderen Region der Welt ausserhalb Europas pflegt die Schweiz derart enge Beziehungen. In Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur wird ein intensiver Austausch mit den USA und Kanada kultiviert. In Nordamerika lebt nach Frankreich die mit Abstand grösste Schweizer Diaspora. Und mit Kanada verbindet die Schweiz die gemeinsame französische Sprache.

Die USA und Kanada sind die grösste und die zehntgrösste Volkswirtschaft der Welt und gehören beide zu den wichtigsten Handelsnationen. Sie sind beide wichtige Akteure im multilateralen System. Für die UNO und zahlreiche multilaterale Organisationen sind sie Sitzstaat (New York:

UNO Hauptquartier und verschiedene Sonderorganisationen, Fonds und Programme; Washington: IWF, Weltbank, OAS, IDB; Montreal: ICAO, WADA, CBD)¹⁵ und gehören zu den grössten Geldgebern und aktivsten Mitgliedern. Ihre diplomatischen Netzwerke sind die mit am weitest verzweigten aller Staaten. Als NATO-Mitglieder und OSZE-Teilnehmerstaaten sind die USA und Kanada in die transatlantische und europäische Sicherheitsarchitektur eingebunden und prägen diese massgeblich. Auch sind sie Arktisanrainer und entscheiden über die – nicht zuletzt militärische – Nutzung der weitgehend noch unerschlossenen Arktisregion mit, mit potenziell weitreichenden Folgen für deren ökologische und verkehrstechnische Entwicklung. Schliesslich tragen die USA und Kanada massgeblich zum Klimawandel bei und spielen entsprechend wichtige Rollen in der Erreichung der Pariser Klimaziele.



Grafik 9: Aussenhandel USA und Kanada, 2020 (Quelle: [WTO](#)).

¹⁵ Siehe Abkürzungsverzeichnis.

Allerdings unterscheiden sich die USA und Kanada auch in vielen Punkten. Dies betrifft sowohl ihr Gewicht und ihre Rollen in der Weltpolitik und der Weltwirtschaft als auch ihre Bedeutung für die Schweiz und ihre Aussenpolitik. Wirtschaftlich sind die USA für die Schweiz ein deutlich gewichtigerer Partner als Kanada. Generell sind die bilateralen Beziehungen mit Washington bisher enger und vielfältiger, was sich auch darin widerspiegelt, dass der Bundesrat die USA als ein globales Schwerpunktland seiner Aussenpolitik identifiziert hat.

Handelsbeziehungen 2019/2020 und Schweizer Investitionen 2019/2020, in Milliarden CHF				
	Importe aus der Schweiz	Exporte in die Schweiz	Schweizer Direktinvestitionen im Ausland	Direktinvestitionen in der Schweiz
USA	18.9 (2019)	44.2 (2019)	298.3 (2019)	651.3 (2019)
	19.8 (2020)	68.8 (2020)	292.6 (2020)	576.6 (2020)
Kanada	1.4 (2019)	4.9 (2019)	35.2 (2019)	34.2 (2019)
	1.8 (2020)	3.9 (2020)	31.8 (2020)	25.6 (2020)

Grafik 10: Handelsdaten der Schweiz mit den USA und Kanada, 2019 und 2020 (Quellen: [SNB](#) und [EZV](#)).

Im Folgenden werden die USA und Kanada dementsprechend als zwei separate geografische Schwerpunkte der Amerikas Strategie behandelt. Bei beiden Staaten sind dabei alle vier Schwerpunktthemen der Aussenpolitischen Strategie relevant, also Frieden und Sicherheit, Wohlstand, Nachhaltigkeit und Digitalisierung.

	Frieden & Sicherheit	Wohlstand	Nachhaltigkeit	Digitalisierung
USA				
Kanada				

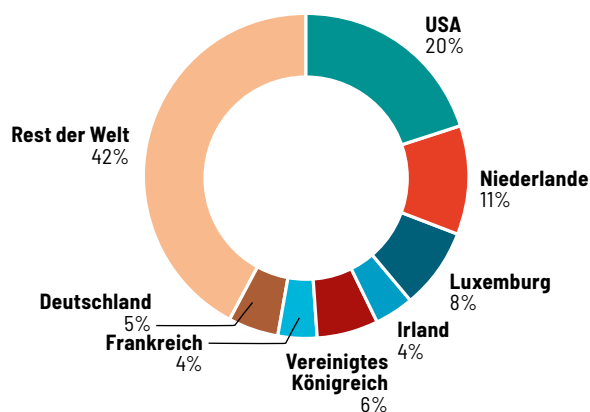
Grafik 11: Bedeutung der thematischen Schwerpunkte der APS 20–23 in den Beziehungen mit den USA und Kanada (Quelle: EDA).

3.1 USA

Die Beziehungen zwischen der Schweiz und den USA sind sehr gut. Sie beruhen auf engen historischen Verflechtungen sowie wirtschaftlichen, kulturellen und persönlichen Verbindungen, die die Schweiz in dieser Tiefe mit keinem anderen aussereuropäischen Land teilt. So haben über eine Million US-Bürgerinnen und Bürger Wurzeln in der Schweiz. Mit etwa 81 000 Personen leben nach Frankreich und Deutschland am drittmeisten Auslandschweizerinnen und -schweizer in den USA.

Die Bedeutung der USA für den Wohlstand und die Sicherheit der Schweiz bleibt hoch. Die USA sind der **zweitwichtigste Handelspartner der Schweiz** nach der EU und die mit Abstand wichtigste Destination für schweizerische Direktinvestitionen im Ausland (rund 20%). Die Schweiz ist gemäss US-Angaben der sechstwichtigste ausländische Direktinvestor in den USA. Schweizer Firmen in den USA belegen betreffend Investitionen in Forschung und Entwicklung seit Jahren einen Spitzenplatz. Entsprechend pflegt die Schweiz den regelmässigen Austausch mit US-Behörden zu wirtschaftlichen Aspekten, namentlich seit über einem Jahrzehnt im Rahmen der gemischten Wirtschaftskommission (*Joint Economic Commission*) auf Stufe Staatssekretärin des Staatssekretariats für Wirtschaft.

Als grösste Volkswirtschaft der Welt verfügen die USA über enorme Marktmacht. Mit dem US-Dollar als weltweiter Leitwährung hat ihre Sanktionspolitik gegenüber Drittstaaten teils erhebliche Auswirkungen auf die Geschäftsinteressen von Schweizer Unternehmen in diesen Märkten oder den USA selbst. Der Zustand der US-Wirtschaft und das amerikanische Verhalten in Handelsfragen haben unmittelbaren Einfluss auf die weltwirtschaftliche Entwicklung. Stark auf den Aussenhandel ausgerichtete Volkswirtschaften wie die Schweiz sind davon besonders betroffen. In der Schweiz sind rund 1100 Unternehmensgruppen aus den USA vertreten, teils mit ebenfalls bedeutenden Einrichtungen für Forschung und Entwicklung. Die Bedingungen für ausländische Firmen auf dem US-Markt werden allerdings anspruchsvoller. Die Schweiz hat ein Interesse daran, die Rahmenbedingungen für ihre wirtschaftlichen und finanziellen Beziehungen zu stärken.



Grafik 12: Top-Destinationen für Schweizer Direktinvestitionen im Ausland 2020 (Quelle: SNB).

Die USA gehören weltweit zu den führenden Staaten in den Bereichen **Forschung und Innovation**. Gemessen an der Anzahl Publikationen arbeitet die Schweiz in erster Linie mit Forschenden aus den USA zusammen (über 15%).¹⁶ Die **Berufsbildung** und der Dialog dazu mit der Schweiz erhält in den USA über die Parteigrenzen hinweg viel Unterstützung. Das hat in den letzten Jahren wesentlich zu einem positiven Image der Schweiz in den USA beigetragen. Durch den grossen Einfluss der USA auf die internationalen Bildungsstandards steigt indirekt auch die internationale Anerkennung der Schweizer Berufsbildung. Dank eines im November 2021 in Washington aktualisierten [MoU zur Berufsbildung](#) können diverse Besuche und gemeinsame Projekte zum Wissenstransfer von Bildungs- und Wirtschaftsakteuren *bottom-up* lanciert werden.

Die Positionen der USA und ihre Unterstützung der europäischen Sicherheitsarchitektur sind relevant für die Schweizer Aussen- und Sicherheitspolitik. Die Schweiz ist jedoch eigenständig und gehört nicht zu den militärisch Verbündeten der USA. Bei Abrüstungs- und Nuklearthemen, der Terrorismusbekämpfung oder der Lösungsfindung für regionale Konflikte kann die Schweiz ihre Guten Dienste noch stärker einbringen sowie die Zusammenarbeit mit den USA auch auf multilateraler Ebene stärken. Letztere spielen in den bilateralen Beziehungen bereits heute eine wichtige Rolle. So vertritt die Schweiz seit 1980 die Interessen der USA im Iran. Dieses **Schutzmachtmandat** verschafft der Schweiz viel Wohlwollen in Washington und erleichtert den direkten Zugang sowie den kontinuierlichen Austausch mit hohen Regierungsvertretern. Auch die Wahrung von Völkerrecht, die Förderung von Menschenrechten und Demokratie und die Korruptionsbekämpfung bleiben wichtige Themen.

¹⁶ [Wissenschaftliche Publikationen in der Schweiz, 2008–2018, SBFI, 3. September 2020](#).

Die USA sind ein unumgänglicher Akteur im Bereich der **digitalen Technologien** (u.a. Chipherstellung, Software, Netzwerkausrüstung, Künstliche Intelligenz, Kryptowährungen), **Datenfluss** und **Gouvernanz**. Gerade im Bereich der Cybersicherheit äussert sich zudem die grosse Rivalität der USA mit China und Russland. Die USA drängen auf sichere und (insbesondere von chinesischer Technologie) unabhängige Netzwerkinfrastrukturen. Gleichzeitig wird die Kooperation mit gleichgesinnten Demokratien zwecks Normensetzung im digitalen Raum sowie zur Sicherung der Technologieführerschaft und Wettbewerbsfähigkeit gesucht. Neuestes Beispiel dafür ist die Lancierung des Handels- und Technologierats EU-USA, in dessen Rahmen ein Dialog zu den wichtigsten Handels-, Wirtschafts- und Technologie-Fragen sowie zur Etablierung von neuen Standards (z.B. *Big Data*, künstliche Intelligenz) institutionalisiert wurde. Bei der Auswahl von Technologieanbietern verfolgt die Schweiz pluralistischere Ansätze als die USA. Bezüglich digitaler Gouvernanz und Sicherheit bietet sich die Zusammenarbeit mit den USA jedoch an. Entsprechend hat im Juli 2020 ein erster bilateraler Cyberdialog stattgefunden.

Ein solcher Austausch mit den USA ist auch mit Blick auf drei Ziele zu intensivieren, die der Bundesrat in der [Strategie Digitalausserpolitik 2021–24](#) festgehalten hat: Erstens will er das Profil der Guten Dienste im digitalen Raum stärken. Zweitens soll das internationale Genf als globaler Hub für digitale Gouvernanz positioniert werden. Und drittens will der Bundesrat die Zusammenarbeit im Bereich der Science Diplomacy im Dienste der globalen Gouvernanz, namentlich durch die Vermittlung des Geneva Science and Diplomacy Anticipator (GESDA), fördern und auch diesbezüglich den Standort Schweiz stärken. Für das Erreichen dieser Ziele spielt die Haltung der USA eine wichtige Rolle.

In **Nachhaltigkeitsbelangen** ist der Beitrag der USA mitentscheidend für die im Rahmen des Pariser Klimaabkommens angestrebte Beschränkung der Klimaerwärmung auf 1,5°C. Mit dem sofortigen Wiederbeitritt zu diesem Abkommen hat die Biden-Administration ein wichtiges Signal gesetzt. Dieses Bekenntnis zu einer nachhaltigen Entwicklung eröffnet der Schweiz Kooperationsmöglichkeiten mit den USA im Kampf gegen den **Klimawandel** und bei der Umsetzung der internationalen Nachhaltigkeitsziele. Auch der Schweizer Wirtschaft und Wissenschaft bieten sich dadurch Absatzmöglichkeiten im Bereich der Umwelttechnologien sowie bei Infrastrukturprojekten.

Trotz des engen Beziehungsgeflechts und der vielfältigen gegenseitigen Interessen, wird die Schweiz für die USA nicht im Fokus ihrer Politik stehen. Gleichzeitig ist die Schweiz nicht davor gefeit, zur Zielscheibe US-amerikanischer Interessenpolitik zu werden. Die USA verfügen dabei über ungleich grössere Hebelwirkung zur (unilateralen) Durchsetzung eigener Interessen oder Rechtsnormen. Und gerade mit Blick auf China dürfte der Druck nicht nur im Bereich der technologischen Normensetzung zunehmen, die «richtige Seite» zu wählen. Der Bundesrat hat im Rahmen seiner [China Strategie 2021–24](#) seinen Willen zu einer eigenständigen Aussenpolitik bekräftigt und die entsprechende Positionierung der Schweiz erläutert.

Mit dem Setzen der richtigen Akzente in der bi- und multilateralen Zusammenarbeit mit den USA kann die bestehende Partnerschaft mit dem für die Schweiz wichtigsten globalen Schwerpunktland weiter gestärkt und verstetigt werden. Der 2021 neu etablierte strategische Partnerschaftsdialog auf Stufe Staatssekretärin EDA – Vize-Aussenministerin U.S. Department of State, ist ein wichtiger Schritt in diese Richtung. Langfristig wird ein regelmässiger politischer Dialog auf Stufe Aussenminister angestrebt, wie dies seit längerem mit den anderen Grossmächten gepflegt wird. Angesichts der Betonung multilateraler und gemeinsamer Werte durch die Biden-Administration ergeben sich im Licht des internationalen Engagements der Schweiz für Frieden, Menschenrechte und die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen neue Chancen zur Zusammenarbeit. Dies gilt auch im Hinblick auf das Bestreben der Schweiz um einen Einsitz im UNO-Sicherheitsrat in den Jahren 2023/24.

Ziele und Massnahmen

Im globalen Schwerpunktland USA sind alle vier in der APS 20–23 definierten Schwerpunktthemen für die Schweiz relevant, also **Frieden und Sicherheit**, **Wohlstand**, **Nachhaltigkeit** und die **Digitalisierung**.

A. Die Schweiz intensiviert den **Dialog mit den USA** und fördert das dortige Wissen über sie.

- A1. Institutionalisierung des neu etablierten strategischen Partnerschaftsdialogs auf Stufe Staatssekretärin EDA – Vize-Aussenministerin U.S. Department of State.
- A2. Sondierungen zur Institutionalisierung eines politischen Dialogs auf Stufe Aussenminister.
- A3. Ausbau der Landeskommunikation gegenüber den USA.
- A4. Zielgerichtete Zusammenarbeit mit ausgewählten Thinktanks.¹⁷
- A5. Systematische Prüfung von öffentlichen Auftritten hochrangiger Vertreterinnen und Vertreter der Schweiz im Rahmen der Besuchsdiplomatie.
- A6. Verleihung des Botschaftertitels an den Generalkonsul in San Francisco, um die Kontakte im Westen der USA angesichts dessen wirtschaftlicher Bedeutung zu verstärken.

B. Die Zusammenarbeit zur Förderung von **Frieden und Sicherheit** wird verstärkt.

- B1. Fortführung des Schutzmachtmandats im Iran.
- B2. Angebot von Guten Diensten als Gastgeberin von Konferenzen (z.B. zu Nuklear- und Abrüstungsthemen) sowie von Gesprächen der USA mit Russland, Iran, Nordkorea, China oder anderen Staaten.
- B3. Intensivierung der Zusammenarbeit mit den USA in multilateralen Gremien, auch im Hinblick auf den angestrebten Einsitz im UNO-Sicherheitsrat 2023/24.
- B4. Zusammenarbeit in Demokratieförderung, Friedensförderung und Menschenrechten sowie Bekämpfung der Schwermriminalität durch den Abschluss eines PCSC¹⁸-Abkommens.
- B5. Gemeinsame weltweite Bekämpfung von Korruption, Geldwäscherei und Terrorismusfinanzierung.

C. Die Schweiz wahrt mit und gegenüber den USA ihre **wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Interessen**.

- C1. Sicherstellung optimaler Rahmenbedingungen für Schweizer Investoren und Exporteure.
- C2. Aktive Pflege des Austausches in Wirtschafts- und Finanzfragen.
- C3. Fortführung der Zusammenarbeit mit den USA in der Welthandelsorganisation (WTO) mit Fokus auf deren Funktionsfähigkeit und Reform sowie in der OECD und in den Bretton-Woods Institutionen.
- C4. Sicherstellung eines Level Playing Field bei der Umsetzung von internationalen Steuerstandards.
- C5. Fortführung der Sondierungsgespräche für ein bilaterales Handelsabkommen.
- C6. Fortführung der Gespräche zur Neuverhandlung des Doppelbesteuerungsabkommens.
- C7. Weiterführung des regelmässigen Austausches zur Berufsbildung auf nationaler und bundesstaatlicher Ebene.
- C8. Sicherstellung eines erleichterten Zugangs für Schweizer Unternehmen zu amerikanischen Infrastrukturprojekten und zum amerikanischen Arbeitsmarkt.
- C9. Vermeidung und Verminderung der Nebenwirkungen von US-Sanktionen auf Schweizer Unternehmen.
- C10. Identifizierung von neuen Zusammenarbeitspotenzialen im Bereich Bildung, Forschung und Innovation (BFI).
- C11. Weiterführung der Initiativen des Bundes, wie zum Beispiel Swissnex in Boston & New York und San Francisco, subsidiär zu den autonomen und direkten Kooperationen der BFI-Akteure.
- C12. Förderung der Zusammenarbeit in innovativen, technologieintensiven Sektoren (z.B. Cleantech).

D. Die Kooperation in der Umsetzung der **Agenda 2030** und des **Pariser Klimaabkommens** wird verstärkt.

- D1. Unterbreitung von Vorschlägen zur gemeinsamen Förderung der Nachhaltigkeit im Finanzsektor.
- D2. Gemeinsames Engagement zur Förderung von Umwelttechnologien und Green Economy.

¹⁷ In den letzten Jahren bestand eine enge Zusammenarbeit unter anderem mit folgenden US-Thinktanks: [Wilson Center](#), [Brookings Institution](#), [The Stimson Center](#), [CSIS](#), [Carnegie Endowment for International Peace](#), [The Heritage Foundation](#), [Council on Foreign Relations](#), [CNAS](#), [Atlantic Council](#), [WOLA](#).

¹⁸ Preventing and Combating Serious Crime.

E. Die Digitalisierung und die *Science Diplomacy* werden zu einem Treiber der Zusammenarbeit mit den USA.

- E1. Fortführung und Ausweitung des bilateralen Cyber- und Digitaldialogs.
- E2. Einbindung amerikanischer Partner in die Arbeiten von GESDA.
- E3. Initiative für eine bilaterale Zusammenarbeit im Bereich *Science Diplomacy*.
- E4. Promotion des Internationalen Genf als optimaler Standort der Digitalisierungs- und Technologiedebatten im Dienste der globalen Gouvernanz.
- E5. Zusammenarbeit bei der Erarbeitung und Umsetzung internationaler Standards und Regulierung in zentralen Bereichen der Digitalisierung (inkl. Datentransfers und -schutz, Cybersicherheit und künstliche Intelligenz).
- E6. Zusammenarbeit und Erarbeitung von gemeinsamen Handelsregeln im Bereich digitaler Handel/E-Commerce z.B. im Rahmen eines FHA oder eines «Digital Trade Agreements».
- E7. Austausch in weiteren digitalisierungsrelevanten Wirtschaftsthemen (inkl. Nutzung von Technologie im Finanzbereich).

F. Die Schweiz strebt eine engere Zusammenarbeit mit den USA im konsularischen Bereich an.

- F1. Identifizierung von Zusammenarbeitspotenzialen im bi- und multilateralen Rahmen.
- F2. Aufbau von Austausch- und Konsultationsprozessen mit den relevanten Behörden.

3.2 Kanada

Auch mit Kanada pflegt die Schweiz enge und gute Beziehungen. Französisch ist eine gemeinsame Landessprache. Mit etwas über 41 000 Schweizer Bürgerinnen und Bürgern lebt in Kanada die fünftgrösste Auslandschweizer-Kolonie weltweit.

Die Schweiz und Kanada verfolgen in vielen Gebieten die gleichen Ziele. Es werden **regelmässige Dialoge** in den Bereichen Politik, Wirtschaft, Umwelt, Menschenrechte sowie im Rahmen der Frankophonie geführt. Zahlreiche bilaterale Abkommen, Vereinbarungen und gemeinsame Erklärungen in verschiedenen Bereichen (z.B. Rechtshilfe, Doppelbesteuerung, Informationsaustausch, Flugverkehr, Forschung und Innovation) auf nationaler oder gliedstaatlicher Ebene zeugen von der breiten Palette der Zusammenarbeit.

Kanada setzt bei der **Förderung von Frieden, Sicherheit und Menschenrechten** wie die Schweiz auf multilaterale Initiativen und lanciert solche regelmässig zur Verfolgung seiner aussenpolitischen Interessen. Als NATO- und OSZE-Teilnehmerstaat engagiert sich Kanada stark für die transatlantischen Beziehungen und die Sicherheit in Europa. Kanada war ausserdem 2019 Gastgeberin der *Ukraine Reform Conference*, welche 2022 durch die Schweiz ausgerichtet wird. Chancengleichheit von Frauen, LGBTIQ+ sowie ethnischen und religiösen Minderheiten ist eines der Hauptthemen der kanadischen Innen- und Aussenpolitik. Demokratie und Meinungsäusserungsfreiheit sind weitere Schwerpunkte Kanadas. Kanada ist Initiant der *Media Freedom Coalition*, der auch die Schweiz angehört. Hier gibt es Anknüpfungspunkte für eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen der Schweiz und Kanada. Seit Juni 2019 vertritt die Schweiz zudem die diplomatischen Interessen des Irans in Kanada.

Kanada ist der **zweitwichtigste Handelspartner der Schweiz in den Amerikas** (17. Rang insgesamt). Die Schweizer Direktinvestitionen in Kanada beliefen sich 2019 auf über 35 Milliarden CHF, das sind 2.4% aller Schweizer Auslandsinvestitionen. Die Schweiz belegt damit in Kanada den fünften Rang hinter den USA, den Niederlanden, Grossbritannien und Luxembourg. Schweizer Unternehmen beschäftigen knapp 35 000 Menschen in Kanada. Die kanadischen Investitionen in der Schweiz wiederum erreichten 2019 über 34 Milliarden CHF. Darüber hinaus ist Kanada ebenso wie die USA ein wichtiger Wirtschaftsstandort für den Dienstleistungshandel. Der Ausbau des Freihandelsnetzes ist eine Priorität der kanadischen Regierung. Ein EFTA-Freihandelsabkommen ist seit 2009 in Kraft.

Die Erreichung der **Klimaneutralität** bis 2050 ist eine von fünf übergeordneten Prioritäten des Regierungsprogramms von Premierminister Trudeau. Auch die Schweiz will bis 2050 klimaneutral sein. Hier ergeben sich weitere Anknüpfungspunkte für gemeinsames Handeln, insbesondere im Bereich der Entwicklung von nachhaltigen Technologien und bei der Umsetzung der Agenda 2030.

Digitalisierung und die Förderung digitaler Technologien geniessen grosse Aufmerksamkeit in Kanada. Das digitale Innovationsökosystem Kanadas ist von Weltformat und wächst rasant. Die diesbezügliche Zusammenarbeit ist bereits heute ein prioritäres Aktionsfeld der Botschaft und des Swiss Business Hub. Der thematische Fokus liegt auf *Life Sciences* und *Medtech*, Künstlicher Intelligenz sowie *Fintech* und *Blockchain*-Technologie. Besonderes Augenmerk gilt dem Wissens- und Technologietransfer an der Schnittstelle von Wissenschaft, Forschung, Innovation und Kommerzialisierung. Im Rahmen der Stärkung der Schweizer *Science Diplomacy* bietet sich Kanada als ein Partner an.

Ziele und Massnahmen

In Kanada sind wie bei den USA alle vier in der APS 20–23 definierten Schwerpunktthemen für die Schweiz relevant.

G. Die Zusammenarbeit zur **Förderung von Frieden und Sicherheit** wird konsolidiert und punktuell ausgebaut.

- G1. Fortführung des Schutzmachtmandats für den Iran in Kanada.
- G2. Sondierung einer bilateralen Partnerschaft im Kontext der [Leitlinien Menschenrechte 2021–2024](#) und von kanadischen Initiativen (z.B. *Media Freedom Coalition*, *Arbitrary Detention*).
- G3. Unterbreitung von Vorschlägen zur aussenpolitischen Zusammenarbeit im Bereich Mehrsprachigkeit und Minderheiten.
- G4. Intensivierung der Zusammenarbeit in multilateralen Gremien, auch im Hinblick auf den angestrebten Einsitz im UNO-Sicherheitsrat 2023/24.

H. Die Schweiz wahrt mit und gegenüber Kanada ihre **wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Interessen**.

- H1. Pflege der Beziehungen in Wirtschafts- und Finanzfragen.
- H2. Fortführung der Zusammenarbeit betreffend WTO mit Fokus auf deren Funktionsfähigkeit und Reform sowie betreffend OECD.
- H3. Sicherstellung eines erleichterten Zugangs für Schweizer Unternehmen zu kanadischen Infrastrukturprojekten.
- H4. Förderung des Wissensaustausches sowie Positionierung von Schweizer Unternehmen in den Bereichen innovativer Technologien (insbesondere *Life Sciences*).
- H5. Identifizierung von neuen Zusammenarbeitspotenzialen im Bereich BFI.

I. Die Schweiz und Kanada arbeiten zusammen zur Förderung einer **nachhaltigen Wirtschaftsentwicklung** und der Realisierung ihrer jeweiligen **Klimaneutralität 2050**.

- I1. Unterbreitung von Vorschlägen zur gemeinsamen Förderung von Umwelttechnologien und Green Economy.
- I2. Intensivierung der Forschungszusammenarbeit in vielversprechenden Bereichen (z.B. erneuerbare Energien, Energieeffizienz, Wasserstoff und CO₂-Speicherung).
- I3. Zusammenarbeit zu Fragen der Nutzung der Arktis.

J. Die Schweiz und Kanada bauen eine strukturierte Zusammenarbeit im Bereich der **Digitalisierung** und der **Science Diplomacy** auf.

- J1. Initiierung eines bilateralen Dialogs.
- J2. Gemeinsame Festlegung von Prioritäten einer bilateralen Zusammenarbeit unter Nutzbarmachung der bereits bestehenden Projekte der Vertretung vor Ort.
- J3. Promotion des Internationalen Genf als optimaler Standort der Digitalisierungs- und Technologiedebatte im Dienste der globalen Gouvernanz.
- J4. Austausch über digitalisierungsrelevante Wirtschaftsthemen (inkl. *Life Sciences*).

K. Die Schweiz strebt eine engere **Zusammenarbeit mit Kanada im konsularischen Bereich** an.

- K1. Erarbeitung eines Vorschlags für einen bilateralen Konsultationsmechanismus zwischen den konsularischen Diensten beider Länder.
- K2. Aufbau und ggf. Formalisierung von Instrumenten der bilateralen Zusammenarbeit.

4 Lateinamerika und Karibik

LAK ist keine Schwerpunktregion der Schweizer Aussenpolitik. Trotzdem berührt sie gewichtige Interessen der Schweiz und es bestehen gut funktionierende Partnerschaften, etwa im multilateralen Bereich. Eine zentrale Frage ist, inwieweit es den Staaten der Region gelingen wird, die vielschichtige Krise zu überwinden, die bereits vor Covid-19 eingesetzt hat und sich mit der Pandemie noch einmal akzentuiert. LAK leidet seit mehreren Jahren u.a. unter wirtschaftlicher Stagnation, einer weit verbreiteten organisierten Kriminalität, Menschenrechtsverletzungen und Gouvernanzdefiziten (siehe Kapitel 2). Die Perspektiven haben sich für viele Menschen deutlich verschlechtert. Armut und soziale Ungleichheit nehmen wieder zu.

Es gibt durchaus Potenzial, dass es LAK-Staaten gelingt, die aktuellen Negativentwicklungen zu überwinden. Die Diversifizierung der Wirtschaft würde das Wachstum breiter abstützen und verstetigen und hätte eine höhere Resilienz zur Folge. Dazu müssen die Rahmenbedingungen und das Investitionsklima verbessert werden, nicht zuletzt für KMU, welche zu oft im informellen Bereich angesiedelt sind, jedoch insgesamt über Wachstumspotential verfügen. Zum Agrarsektor respektive innerhalb dieses Sektors gilt es Alternativen zu schaffen. Nötige Reformen betreffen z.B. das Steuersystem, die Arbeitsgesetzgebung, die Bekämpfung von Korruption und Strafflosigkeit, eine weitere Stärkung und Dezentralisierung der staatlichen Institutionen sowie den Abbau von Protektionismus. Vertiefung und Ausbau bestehender Freihandelsabkommen sowie Investitionen in die Infrastruktur könnten zur Schaffung regionaler Wertschöpfungsketten und von Exportmöglichkeiten beitragen. Das würde die Wettbewerbsfähigkeit ebenso wie die Bildungs- und Gesundheitssysteme verbessern.

Als grösster CO₂-Speicher der Welt erstreckt sich der Amazonas zu 60% über Brasilien sowie zu 40% über acht weitere Länder. Bei der nachhaltigen Nutzung natürlicher Ressourcen, dem Schutz der Biodiversität und dem Kampf gegen den Klimawandel kommt der Amazonas- und Anden-Region eine immense Bedeutung zu, auch aus globaler Perspektive. Noch hapert es an der wirksamen Umsetzung der in einigen Ländern vorbildlichen Umweltgesetzgebungen und dem Aufbau von verantwortungsvollen und nachhaltigen Lieferketten. Eine effektive Umweltgouvernanz sowie eine nachhaltige Wirtschaftspolitik wären wichtig für den Erhalt der globalen natürlichen Lebensgrundlagen sowie den Schutz und den Wohlstand der lokalen, oft indigenen, Bevölkerung.

Die Digitalisierung bietet für LAK grosse Chancen. Sie kann den Zugang zu staatlichen Dienstleistungen, Bildung und dem Finanzmarkt erleichtern sowie die Vermarktung und den Vertrieb von Produkten verbessern. Bei gutem Zugang zu digitalen Medien können Missbräuche wie Gewalt und Korruption schneller gemeldet und bekannt gemacht werden. Eintrittshürden für Neuanbieter in zum Teil oligopolistische Märkte können gesenkt werden. Dank der gemeinsamen Sprache der hispanischen Länder können überregionale Skaleneffekte von digitalen Dienstleistungen erzielt werden. Allerdings besteht auch das Risiko eines «Digital Gap», vor allem für Menschen in ländlichen Gebieten, wo zahlreiche Dienstleistungen häufig nur beschränkt verfügbar sind. Zudem schränkt die fehlende Erschwinglichkeit von Hardware und Telekommunikationsdienstleistungen den entsprechenden Zugang vieler Menschen in LAK ein. Das Bewusstsein der Risiken digitaler Anwendungen ist bei vielen Nutzern nicht oder wenig vorhanden.

Der Bundesrat legt innerhalb der LAK-Region für die Jahre 2022–2025 drei geografische Schwerpunkte fest: Erstens die sogenannten «Jaguar-Staaten». Es handelt sich um Länder mit beträchtlichem wirtschaftlichen Potenzial, namentlich um Argentinien, Brasilien, Chile, Kolumbien, Mexiko und Peru. Zweitens die IZA-Schwerpunktländer des EDA, also Bolivien, Haiti, Honduras, Kuba und Nicaragua. Angesichts des bevorstehenden Rückzugs der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit aus diesen Staaten gilt es den Wandel zu gestalten. Dieser Schwerpunkt ist weniger mit einer Vertiefung der Beziehungen als mit einer Justierung des aussenpolitischen Portfolios und einer Verzichtplanung verbunden. Den dritten geografischen Schwerpunkt bilden die Regionalorganisationen. Sie sind wichtige Partner für die Schweiz zur Erreichung ihrer Ziele in der Region. Wie im Folgenden gezeigt wird, fallen die Gewichtung und die Akzentsetzung der Themenschwerpunkte der APS 20–23 in den einzelnen geografischen Schwerpunkten unterschiedlich aus.

	Frieden & Sicherheit	Wohlfstand	Nachhaltigkeit	Digitalisierung
Jaguare				
IZA-Länder EDA				
Regionale Organisationen				

Grafik 13: Bedeutung der thematischen Schwerpunkte der APS 20–23 in den geografischen Schwerpunkten der LAK-Region.

4.1 Jaguare Lateinamerikas

Die wirtschaftlichen Interessen der Schweiz in Lateinamerika sind in einem halben Dutzend Staaten am grössten: Argentinien, Brasilien, Chile, Kolumbien, Mexiko und Peru. In Anlehnung an die «Tigerstaaten» in Ost- und Südostasien oder die «Löwinnen» in der [Subsahara-Afrika Strategie](#) seien diese hier «**Jaguare**» genannt. Es handelt sich um vorwiegend demokratische Länder von erheblicher Marktgrösse mit einem vergleichsweise soliden Rechtsstaat, weitgehend unabhängigen und funktionierenden Institutionen sowie einem gewissen Leistungsausweis hinsichtlich inklusiver Entwicklung. Es gelingt ihnen zumeist besser als anderen Ländern in der Region, ihr **wirtschaftliches Potenzial** zu nutzen. Sie sind in der Regel vergleichsweise stärker diversifiziert und in der Regel über Freihandelsabkommen mit regionalen und globalen Märkten vernetzt. Brasilien ist ein globales Schwerpunktland der Schweizer Aussenpolitik und wie Argentinien und Mexiko ein G20-Staat. Chile, Kolumbien und Mexiko wiederum sind die derzeit einzigen OECD-Mitglieder aus LAK. Mexiko profitiert stark von seiner geografischen Nähe zu den USA und der Einbindung in das USMCA. In den Jaguarstaaten leben zudem die meisten Auslandschweizerinnen und -schweizer in der LAK-Region.



Grafik 14: «Jaguare» und IZA-Schwerpunktländer des EDA (Quelle: EDA).

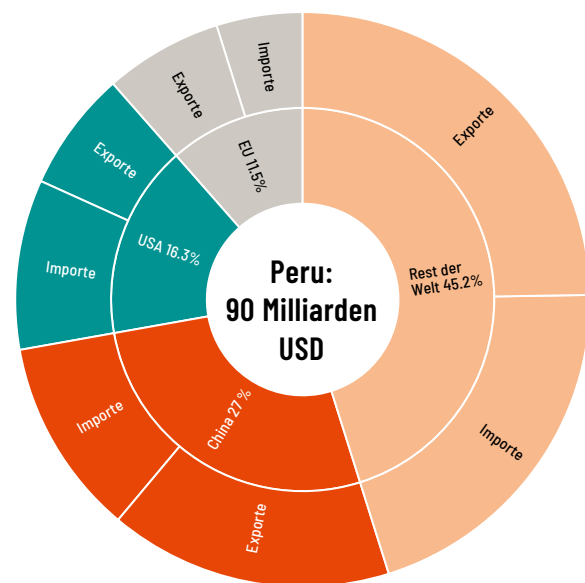
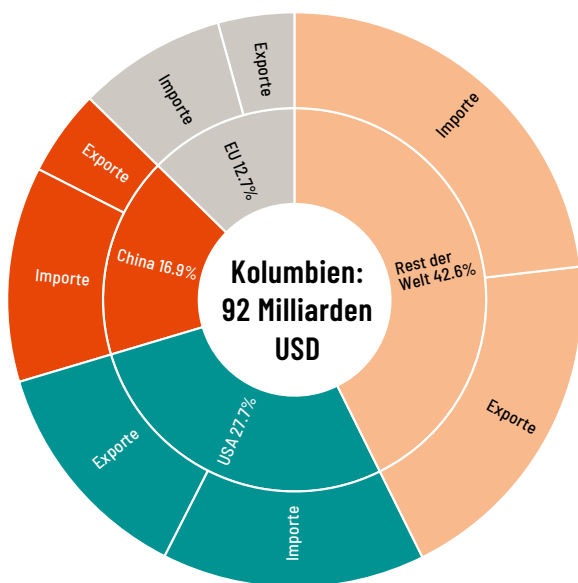
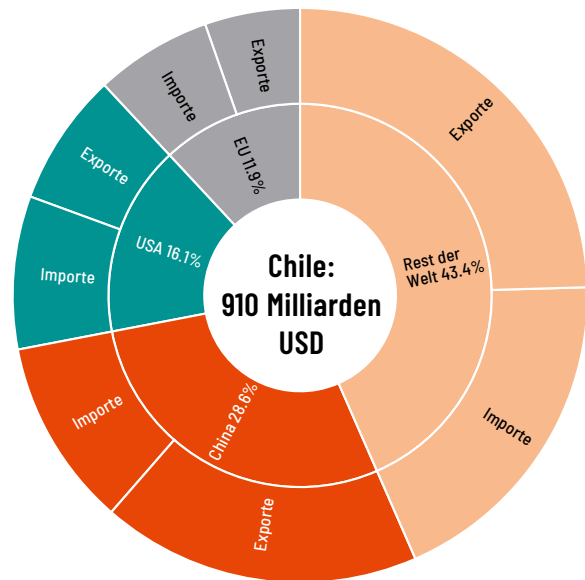
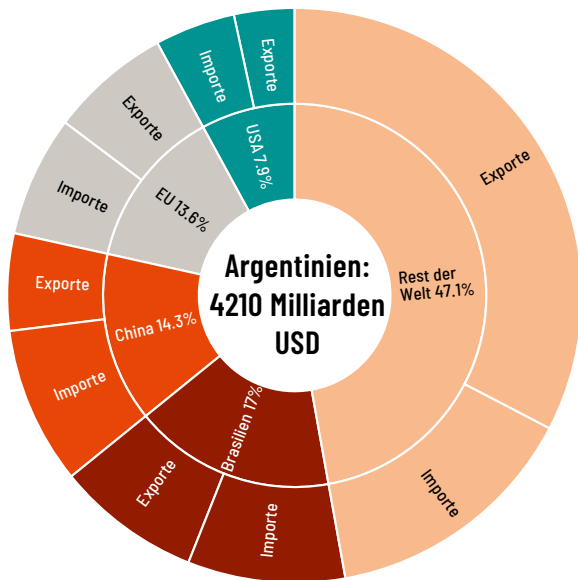
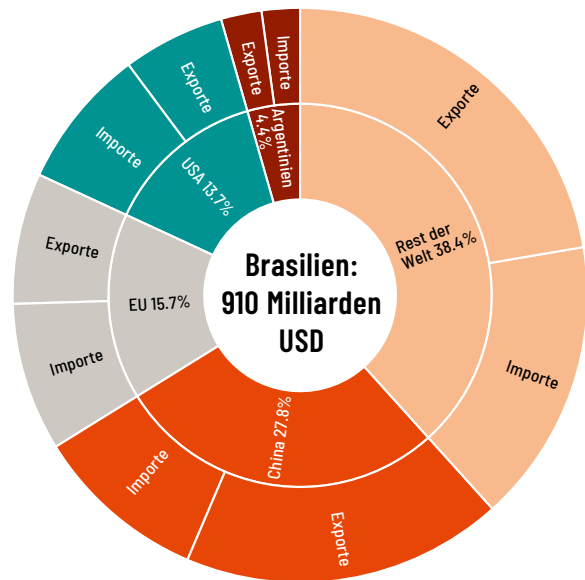
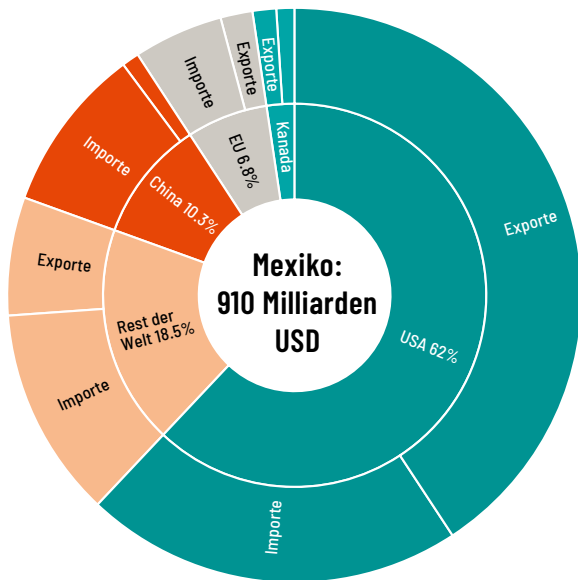
Für Schweizer Unternehmen sind die Jaguarstaaten aufgrund ihrer relativ vorteilhaften Rahmenbedingungen am attraktivsten. Sie investieren in diesen Ländern grundsätzlich am meisten, sind zum Teil seit vielen Jahrzehnten mit Niederlassungen vertreten und nicht zuletzt dank der Schaffung zahlreicher Arbeitsplätze gut in der lokalen Wirtschaft verankert. Die wissenschaftliche, bildungs- und umweltpolitische Zusammenarbeit ist in diesen Ländern am intensivsten, kann aber noch ausgebaut werden.

Die Schweiz trägt diesem Potenzial mit Swiss Business Hubs in Brasilien, Chile und Mexiko Rechnung. **Kolumbien und Peru sind Schwerpunktländer der wirtschaftlichen Entwicklungszusammenarbeit des SECO.** Die Programme fördern zuverlässige wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen und innovative privatwirtschaftliche Initiativen. Damit tragen sie einerseits zu besserem Zugang der Unternehmen zu Märkten bei und schaffen Erwerbsmöglichkeiten und Perspektiven für die Menschen vor Ort. Andererseits trägt die wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung durch die Verbesserung des Geschäfts- und Investitionsklima auch zur Stärkung der Wirtschafts- und Handelsbeziehungen der Schweiz mit Peru und Kolumbien bei. Die DEZA engagiert sich ebenfalls regional eng für eine nachhaltigere und krisenresistentere Klima- und Umweltpolitik. In Brasilien betreibt das SBFI Swissnex Standorte in Rio de Janeiro und São Paulo zwecks wissenschaftlicher und technologischer Kooperation. Zudem fungiert die Universität St. Gallen mit ihrem *Centro Latinoamericano-Suizo* seit 2017 als Leading House für Lateinamerika, um privilegierte Kontakte mit BFI Akteuren in der Region aufzubauen. Die Vernetzung der unterschiedlichen Akteure aus traditioneller Wirtschaftsförderung, wirtschaftlicher und wissenschaftlicher Zusammenarbeit sowie dem Privatsektor bietet zusätzliche Opportunities für Synergien.

Die Schweiz fördert das institutionelle Rahmenwerk, Kontakte und Bottom-up-Initiativen insbesondere in den Bereichen Freihandel, Berufsbildung, Forschung und Innovation. In den Schwerpunktländern des SECO fördert sie zudem die Wettbewerbsfähigkeit, Schaffung von Arbeitsplätzen, nachhaltige Stadtentwicklung, Zugang zu (Ab-)Wasser und Energieversorgung wie auch ein leistungsfähiges und transparentes öffentliches Finanzsystem. Damit sollen die beruflichen Perspektiven der Menschen nachhaltig gestärkt, Armut und Kriminalität eingedämmt sowie Umwelt und Biodiversität geschützt werden. Entlang der verschiedenen existierenden Instrumente, wie dem [Aktionsplan des Bundesrates zur gesellschaftlichen Verantwortung von Unternehmen 2020–2023](#), dem [Nationalen Aktionsplan Wirtschaft und Menschenrechte 2020–2023](#), den [Leitlinien des Bundesrats zur Nachhaltigkeit im Finanzsektor](#) und dem [Leitfaden zur Umsetzung der UNO-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte durch den Rohstoffhandelssektor](#), erwartet der Bundesrat von Schweizer Unternehmen, dass Sie bei ihrer Geschäftstätigkeit im In- und Ausland die Menschenrechte einhalten.

Die Verknüpfung von Nachhaltigkeit, Wirtschaft, Forschung und Digitalisierung eröffnet interessante Anwendungsbereiche. So will zum Beispiel Brasilien gemäss der [Vision 2014–2034](#) in der Agrarwirtschaft dank der digitalen Transformation nachhaltige Produktivitätssteigerungen erzielen. Die Schweiz kann in zahlreichen Gebieten ihr vielfältiges Know-how und ihre Erfahrung einbringen. Gleichzeitig eröffnen sich Schweizer Unternehmen Marktopportunitäten und der Schweizer Forschung Möglichkeiten vertiefter Zusammenarbeit.

Auch die Jaguarstaaten weisen teilweise grosse Defizite betreffend gute Regierungsführung und den Schutz der Menschenrechte auf. Dem wird die Schweiz in der Gestaltung der bilateralen Beziehungen weiterhin Rechnung tragen. So unterstützt sie Kolumbien im Rahmen der zivilen Friedensförderung. Auch führt sie bilaterale Menschenrechtsdialoge mit Mexiko und Brasilien.



Grafik 15: Aussenhandel Jaguar, 2020 (Quelle: [WTO](#)).

Handelsbeziehungen 2019/2020 und Schweizer Investitionen 2019/2020, in Milliarden CHF			
	Importe aus der Schweiz	Exporte in die Schweiz	Schweizer Direktinvestitionen im Ausland
Mexiko	1.0 (2019)	1.6 (2019)	5.9 (2019)
	1.0 (2020)	1.3 (2020)	5.5 (2020)
Brasilien	1.6 (2019)	2.8 (2019)	10.6 (2019)
	1.5 (2020)	2.1 (2020)	8.0 (2020)
Argentinien	1.8 (2019)	0.7 (2019)	3.1 (2019)
	1.0 (2020)	0.6 (2020)	3.3 (2020)
Kolumbien	0.6 (2019)	0.3 (2019)	5.0 (2019)
	0.3 (2020)	0.5 (2020)	4.5 (2020)
Chile	0.8 (2019)	0.4 (2019)	1.8 (2019)
	0.8 (2020)	0.3 (2020)	2.0 (2020)
Peru	2.5 (2019)	0.2 (2019)	-2.8 (2019)
	1.7 (2020)	0.1 (2020)	0.9 (2020)

Grafik 16: Handelsdaten der Schweiz mit den Jaguaren, 2019 und 2020 (Quellen: [SNB](#) ², und [EZV](#) ³).

GLOBALES SCHWERPUNKTLAND BRASILIEN

Innerhalb der LAK-Region hat Brasilien eine natürliche Vormachtstellung inne. Es ist das flächenmässig grösste und mit rund 212 Millionen Einwohner bei Weitem das bevölkerungsreichste Land (fast 1/3 der gesamten Bevölkerung LAKs). Mit einem BIP von fast 1.5 Billionen USD (2020) ist Brasilien zudem die grösste Volkswirtschaft der Region und die neuntgrösste weltweit. Mit seinen riesigen Regenwaldflächen ist Brasilien essenziell für den globalen Klimaschutz und die Artenvielfalt.

Brasilien ist mit ähnlichen Herausforderungen wie die gesamte LAK-Region konfrontiert, wie Ungleichheit, Unsicherheit und Gewalt, Menschenrechtsverletzungen, Korruption und einer lückenhaften Gouvernanz. In den Jahren hoher Rohstoffpreise konnte Brasilien grosse sozioökonomische Erfolge verzeichnen. Das Land hat es aber lange Zeit verpasst, die notwendigen Reformen anzustossen, um die rohstoffbasierte Wirtschaft breiter abzustützen. Die relativ hohe Rohstoffabhängigkeit erzeugt Druck auf die natürlichen Ressourcen des Landes, welche von globaler Bedeutung sind. Gleichzeitig bezeugen einzelne innovative und global kompetitive «Champions» wie der Flugzeugbauer Embraer das industrielle Potenzial Brasiliens. Als wichtigster bilateraler Wirtschaftspartner in LAK ist Brasilien ein globales Schwerpunktland für die Schweiz. 2020 betrugen die Schweizer Investitionen über 8 Milliarden CHF. Über 58'000 Personen waren von Schweizer Unternehmen in Brasilien angestellt. 2020 beliefen sich die Schweizer Exporte auf über 2.1 Milliarden CHF (-16%) und die Importe in die Schweiz auf fast 1.4 Milliarden CHF (-2,3%). Nach Argentinien lebt in Brasilien zudem die grösste Schweizer Kolonie in LAK (fast 14'000 Personen). Brasilianische Staatsbürgerinnen und Staatsbürger stellen ihrerseits die grösste LAK-Diaspora in der Schweiz dar (über 22'000 Personen).

Brasilien belegt den ersten Platz der wichtigsten Partnerländer für Schweizer Forschende in Lateinamerika. Seit 2007 wächst die Zahl der Co-Publikationen zwischen der Schweiz und Brasilien konstant und hat seit 2011 jene zwischen der Schweiz und Indien wie auch Südkorea überholt.¹⁹ Ausserdem ist Brasilien das einzige Land in LAK mit Swisnex Standorten in Rio de Janeiro und São Paulo.

Dieser grossen Bedeutung für die Schweiz wird mit einer engen bi- und multilateralen Zusammenarbeit mit sowie einer starken diplomatisch-konsularischen Präsenz in Brasilien (siehe Karte im Anhang) Rechnung getragen. Gestützt auf ein MoU aus dem Jahr 2008 führt die Schweiz mit Brasilien Dialoge in den Bereichen Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Forschung, Steuern und Finanzen, Menschenrechte sowie geistiges Eigentum. Dank der guten Zusammenarbeit in den Bereichen Rechtshilfe und Korruptionsbekämpfung sowie im Steuerbereich konnten zusätzliche Erfolge erzielt werden. Seit 2014 hat die Schweiz im Rahmen der Korruptionsaffäre «Lava Jato» über 420 Millionen CHF an Brasilien restituiert (Stand Juni 2021). Weitere 310 Millionen CHF sind in der Schweiz blockiert.

¹⁹ Brasilien belegt insgesamt den 14. Rang bei der Anzahl der Co-Publikationen mit Schweizer Forschenden; [Evaluation of Switzerland's bilateral cooperation programmes in science and technology, IRIS, S. 68](#) ².

Ziele und Massnahmen

Die Schweiz fokussiert in den Jaguarstaaten auf die Themen **Wohlstand, Nachhaltigkeit** und **Digitalisierung**. In Kolumbien bleibt zudem das Thema **Frieden und Sicherheit** prioritär:

- L. Die Schweiz trägt zu **verbesserten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in den Partnerländern** bei und **unterstützt Schweizer Unternehmen bedürfnisorientiert und wirkungsvoll**.
- L1. Abschluss neuer bzw. Erneuerung bestehender Wirtschaftsabkommen (FHA, ISA, DBA) unter Berücksichtigung von Nachhaltigkeitsaspekten, namentlich Unterzeichnung und Umsetzung des FHA mit den Mercosur-Staaten.
 - L2. Koordinierter Einsatz aller Instrumente von Handelsdiplomatie und Exportförderung im Sinne eines «Team Switzerland» (inkl. S-GE, SERV, Handelskammern).
 - L3. Bessere Verknüpfung der Wirtschaftsförderung mittels innovativer Partnerschaften mit dem Privatsektor und Beiträgen zu nachhaltigen lokalen Wirtschaftsökosystemen.
 - L4. Konsequente Thematisierung von Menschenrechten in den bilateralen Beziehungen und Weiterführung der bilateralen Menschenrechtsdialoge mit Mexiko und Brasilien.
 - L5. Fortführung der Justizzusammenarbeit im Bereich Korruption.
 - L6. Transparente Rückführung unrechtmässig erworbener Vermögenswerte (Asset Recovery).
- M. Die Schweiz fördert in den SECO-Schwerpunktländern (Peru und Kolumbien) einen **wettbewerbsfähigen und nachhaltigen Privatsektor** und engagiert sich dort für wachstumsfördernde Rahmenbedingungen und Infrastruktur.
- M1. Förderung wirksamer regulatorischer Rahmenbedingungen für KMU.
 - M2. Unterstützung von nachhaltigen Wertschöpfungsketten.
 - M3. Stärkung einer wirksamen und transparenten Wirtschaftspolitik.
 - M4. Engagement für eine verbesserte Stadtplanung und Erbringung öffentlicher Dienstleistungen.
- N. Die Schweiz kooperiert mit Jaguar-Staaten für eine **nachhaltige Bewirtschaftung** von und einen verantwortungsvollen Handel mit natürlichen Ressourcen sowie den **Schutz der Biodiversität**.
- N1. Abschluss von Abkommen für den Klimaschutz im Rahmen von Artikel 6 des Klimaübereinkommens von Paris.²⁰
 - N2. Beitrag zu emissionsarmer, klimafreundlicher und nachhaltiger Nutzung natürlicher Ressourcen (insbesondere Wasser) sowie zum Schutz der Biodiversität.
 - N3. Leistung von Nothilfe (insbesondere nach Naturkatastrophen) und Einsatz von Präventionsmassnahmen zwecks Reduzierung von Naturgefahren.
 - N4. Förderung verantwortungsvoller Unternehmensführung, Sensibilisierung der Schweizer Unternehmen für Korruptionsrisiken. Erhöhung der Nachhaltigkeit und Transparenz im Rohstoffsektor mittels Stärkung nationaler und internationaler Standards wie der *Extractive Industries Transparency Initiative* (EITI) und der *Swiss Better Gold Initiative* (SBGI).
- O. Die Schweiz baut mit Jaguarstaaten die **Zusammenarbeit in der Digitalisierung und der Science Diplomacy** aus.
- O1. Systematische Aufnahme dieser Thematiken in den bilateralen und multilateralen Dialogen.
 - O2. Nutzung des Zusammenarbeitspotenzials in den Bereichen Gesundheit (z.B. Telemedizin), Gouvernanz (z.B. Transparenz in der öffentlichen Verwaltung) und Sozialversicherungen.
 - O3. Promotion des Internationalen Genf als optimaler Standort der Digitalisierungs- und Technologiedebatten im Dienste der globalen Gouvernanz.
 - O4. Intensivierung des Wissensaustausches mit der Wirtschaft.
 - O5. Organisation von PRS-Besuchsdelegationen mit Teilnahme des Schweizer Privatsektors.

²⁰ [Übereinkommen von Paris vom 12. Dezember 2015](#) .

P. Die Schweiz sichert und vertieft die Zusammenarbeit im Bereich BFI.

- P1. Weiterführung des vom SBFI erteilten Mandats an die Universität St. Gallen als *Leading House* für die Region Lateinamerika, im Rahmen der bilateralen Programme des Bundes zur wissenschaftlichen Zusammenarbeit.
- P2. Weiterführung des regelmässigen und hochrangigen Dialogs im Rahmen des Abkommens vom 29. September 2009 zwischen dem Bundesrat und der brasilianischen Regierung über die wissenschaftliche und technologische Zusammenarbeit.
- P3. Weiterführung der Initiativen des Bundes, wie zum Beispiel Swissnex in Rio de Janeiro und São Paulo, subsidiär zu den autonomen und direkten Kooperationen der BFI-Akteure.
- P4. Stärkung der Zusammenarbeit im Bereich der Berufsbildung.

Q. Die Schweiz trägt zu weiteren Fortschritten im kolumbianischen Friedensprozess bei.

- Q1. Unterstützung mit Expertise, namentlich zugunsten der Vergangenheitsbewältigung und der politischen Partizipation der Bevölkerung.
- Q2. Engagement in den Bereichen Menschenrechte, Schutz vulnerabler Personen sowie Basisgesundheit, Wasser und Entminung.
- Q3. Kooperation mit öffentlichen Institutionen, beispielsweise zu Finanzmanagement sowie Land- und Nachhaltigkeitsfragen.
- Q4. Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und der unternehmerischen Verantwortung, zum Beispiel in den Sektoren Gold, Kakao, Kosmetika oder Tourismus.

4.2 IZA-Länder des EDA

Die Schweiz hat LAK-Staaten mit dem grössten Entwicklungsbedarf zum Teil während über 50 Jahren über ihre Programme der Entwicklungszusammenarbeit unterstützt. Sie hat damit zu den Entwicklungsfortschritten beigetragen, die die LAK-Region über mehrere Jahrzehnte erlebt hat. In dieser Zeit hat sich die Schweiz grosses Vertrauen in den Partnerländern verschafft.

In einer Analyse von 2019 wurden der Bedarf im Vergleich zu anderen Weltregionen, die Interessen der Schweiz sowie der Mehrwert ihrer IZA ermittelt. Als Ergebnis sieht die [IZA-Strategie 2021–2024](#) eine stärkere Fokussierung auf vier Schwerpunktregionen vor, namentlich auf den afrikanischen Kontinent. Damit verbunden ist eine schrittweise Einstellung der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit des EDA in Lateinamerika und der Karibik bis Ende 2024.

Die Programme der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit des EDA in der Karibik (Haiti und Kuba), Zentralamerika (Honduras und Nicaragua) sowie Südamerika (Bolivien) werden schrittweise beendet. Zu den Schweizer IZA-Instrumenten, die ab 2025 weiterhin eingesetzt werden können, gehören Engagements mit multilateralen Organisationen, wirtschaftliche Entwicklungszusammenarbeit (Kapitel 4.1, regionale und globale Massnahmen des SECO), Förderung von Frieden, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechten, die Humanitäre Hilfe, die Globalprogramme (Klimawandel, Wasser, Ernährung, Gesundheit und Migration) sowie der Kulturaustausch. Dazu kommen die Schweizer NGOs, deren Arbeit ebenfalls im Rahmen der Programmbeiträge der DEZA weitergeführt werden kann.

Angesichts der weiterhin prekären Situation in den heutigen Schwerpunktländern der bilateralen IZA, gekennzeichnet durch eine aufgrund der Covid-Pandemie zunehmende Fragilität, hohe Armut und soziale Ungleichheit, ist eine kohärente und koordinierte Positionierung der verbleibenden Schweizer IZA-Instrumente ab 2025 besonders wichtig. Dabei sollen diese Instrumente auf den Resultaten der bilateralen IZA in den Bereichen Wohlstand und Nachhaltigkeit (Umwelt/Klima) sowie Frieden und Sicherheit aufbauen.

Zur operationellen Umsetzung des globalen und universellen Mandats der Humanitären Hilfe, das von Bundesrat und Parlament in der IZA-Strategie 2021–2024 bestätigt wurde, setzt das EDA in Zukunft weiterhin auf eine Präsenz in LAK. Regionale Hubs sowie zwei humanitäre Landesprogramme in Venezuela und Haiti sind thematisch auf Katastrophenvorsorge und -hilfe sowie Schutz und Migration ausgerichtet. Sie erlauben, das Partnernetzwerk aktiv zu pflegen und bilden im Ereignisfall die Grundvoraussetzung für eine rasche, effiziente und massgeschneiderte Nothilfe. Die Schweiz prüft, ob ein punktuelles friedenspolitisches Engagement in Venezuela im Rahmen der IZA-Strategie 2021–2024 zielführend wäre.

Ziele und Massnahmen

Die Schweiz fokussiert sich in den bisherigen Ländern der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit des EDA auf die Themen **Frieden und Sicherheit, Wohlstand** und **Nachhaltigkeit**.

- R. Die Schweiz stellt ein **verantwortungsvolles *Phasing-Out*** der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit für den **Ausstiegszeitraum** sicher.
- R1. Sorgfältig geplantes Herunterfahren der bilateralen IZA-Programme und Projektinfrastrukturen.
 - R2. Schliessung der Kooperationsbüros in Managua und Tegucigalpa.
 - R3. Umwandlung der Botschaft in Haiti in ein humanitäres Büro, nach Konsultation der Aussenpolitischen Kommissionen des National- und Ständerates.
- S. Die Schweiz setzt sich für die **Nachhaltigkeit der Kooperationsprogramme und -projekte** nach der Beendigung der bilateralen IZA 2024 ein.
- S1. Förderung des Wissensmanagements in Zusammenarbeit mit dem öffentlichen und dem Privatsektor sowie lokalen wie regionalen und internationalen Akteuren.
 - S2. Aufrechterhaltung eines breiten und starken Vertretungsnetzes in LAK.
 - S3. Beibehaltung der Kleinkredite zugunsten der Aussenvertretungen in LAK.
 - S4. Engagement in den Bereichen Wasser, Klimawandel und Umwelt über die DEZA-Globalprogramme.
 - S5. Gezielte handels- und wirtschaftspolitische Massnahmen im Rahmen von Regional- und Globalprogrammen des SECO in den Themenbereichen Handels- und Privatsektorförderung, Infrastruktur und makroökonomische Unterstützung.
 - S6. Unterstützung von Initiativen zur Bekämpfung von Drogenhandel, Korruption und Straflosigkeit.
- T. Die Schweiz leistet in LAK **Humanitäre Hilfe** und trägt zur **Linderung der Folgen von Naturkatastrophen und bewaffneten Konflikten** bei.
- T1. Leistung von Nothilfe und Wiederaufbau sowie Massnahmen zum Schutz verletzlicher Menschen in Krisensituationen.
 - T2. Verfolgen eines regionalen Ansatzes bei der Katastrophenvorsorge.
 - T3. Unterstützung regionaler und internationaler humanitärer Organisationen.
 - T4. Stärkung des humanitären Völkerrechts.
 - T5. Zusammenarbeit mit regionalen Organisationen im Bereich der Katastrophenvorsorge (siehe Kapitel 4.3).

4.3 Regionalorganisationen

Angesichts der Bedeutung der Regionalorganisationen für Demokratie, Menschenrechte, Frieden und Entwicklung in Lateinamerika und der Karibik (siehe Kapitel 2.1), wird der Zusammenarbeit mit diesen ein besonderes Augenmerk beigemessen. Dies steht in Einklang mit dem Stellenwert des Multilateralismus in der APS 20–23 und den schon länger anhaltenden Bemühungen der Schweiz, ihre Präsenz in Regionalorganisationen zwecks Förderung ihrer Interessen und Werte zu stärken. Die schweizerischen Kooperationsbemühungen fokussieren dabei auf jene Organisationen, wo die Schweiz Mitglied ist (IDB) oder einen Beobachterstatus hat (OAS, Pazifik-Allianz, CARICOM, ALADI).

Die **Interamerikanische Entwicklungsbank** (IDB) ist die grösste multilaterale Finanzierungsquelle für Entwicklungsprojekte in Lateinamerika und in der Karibik. Ihre Ziele sind die Reduktion von Armut und sozialen Ungleichheiten sowie die Förderung nachhaltiger Wirtschaftsentwicklung in der Region. Diese sollen gemäss [Vision 2025](#)  mittels regionaler Wertschöpfungsketten, Digitalisierung und Stärkung des Privatsektors sowie verstärktem Einbezug von Frauen in den Arbeitsprozess erreicht werden. Die Schweiz ist via Stimmrechtsgruppen aktives Mitglied der Führungsgremien der IDB. Sie beteiligt sich am institutionellen Dialog und unterstützt Entwicklungsprojekte in den IDB-Empfängerländern.

Die **Organisation Amerikanischer Staaten** (OAS) mit Sitz in Washington, D.C. ist das wichtigste politische Forum für den multilateralen Dialog und Kooperation auf dem amerikanischen Doppelkontinent. Sie wurde 1948 gegründet und umfasst 35 Mitgliedstaaten aus Nord- und Lateinamerika sowie der Karibik. Einzig Kuba ist nicht aktives Mitglied. Zudem hat Nicaragua im November 2021 seinen Austritt aus der Organisation angekündigt. Die Schweiz ist seit 1978 einer von aktuell 72 Permanenten Beobachterstaaten.

Die Hauptziele gemäss ihrer Charta sind die Stärkung von Demokratie und Menschenrechten sowie die Gewährleistung von Frieden und Sicherheit in der Region. Als eine der ersten regionalen Sicherheitseinrichtungen begann die OAS sich mit innerstaatlichen Problemen in ihren Mitgliedstaaten zu beschäftigen, die für die regionale Sicherheit und Stabilität relevant sind. Wirkungsfelder sind u.a. auch die Bekämpfung des Rauschgifthandels, der Korruption, des illegalen Waffenhandels und des Terrorismus.

Die jährlich stattfindende Generalversammlung ist das höchste Entscheidungsorgan der OAS. Der **Interamerikanische Gerichtshof für Menschenrechte** in Costa Rica sowie die **Interamerikanische Kommission für Menschenrechte** mit Sitz in Washington, D.C. sind die beiden wichtigsten Menschenrechtsmechanismen des amerikanischen Kontinents.

Die **Pazifik-Allianz** hat sich 2012 aus den vier Pazifikanrainerstaaten Chile, Kolumbien, Mexiko und Peru konstituiert. Gemäss der Erklärung von Lima soll diese auf die regionale Integration sowie grösseres Wachstum, Entwicklung und Wettbewerbsfähigkeit hinwirken. Zahlreiche Staaten sind assoziierte Mitglieder geworden oder haben wie 2013 die Schweiz den Beobachterstatus erlangt.

Fünfehn vorwiegend englischsprachige Staaten der Karibik bilden die 1973 gegründete **Karibische Gemeinschaft** (CARICOM). Die Vision einer regionalen Integration stützt sich auf vier Pfeiler: wirtschaftliche Integration, Koordinierung der Aussenpolitik, menschliche und soziale Entwicklung sowie Sicherheit. Zahlreiche sektorische Unterorganisationen sind für die Erreichung der Ziele verantwortlich. Die Schweiz ist seit 2017 als Drittstaat (Beobachterin) bei der CARICOM akkreditiert.

Die **Lateinamerikanische Integrationsvereinigung** (ALADI) ist eine Organisation mehrerer lateinamerikanischer Staaten mit dem Zweck der wirtschaftlichen Zusammenarbeit und Schaffung eines gemeinsamen Marktes. Der Sitz der Organisation befindet sich in Montevideo (Uruguay). Die Schweiz hat seit 1991 einen Beobachterstatus bei der ALADI.

Ziele und Massnahmen

Die Schweiz fokussiert hinsichtlich der Regionalorganisationen auf die Themen **Frieden und Sicherheit, Wohlstand und Nachhaltigkeit**. Sie festigt und erweitert ihr Engagement in der OAS, der Pazifikallianz, CARICOM und der IDB unter Berücksichtigung von deren Zielen und möglicher Synergien mit der UNO. Sie stärkt damit ihr ausserpolitisches Profil als glaubwürdige und kompetente Partnerin gegenüber den Regionalorganisationen.

U. Die Schweiz fördert die **regionale Zusammenarbeit** und den Austausch von *Best Practices* im Rahmen klarer Prioritäten.

Unterstützung von Projekten vor allem in folgenden Bereichen:

- U1. IDB: Umsetzung der Agenda 2030, Gouvernanz und Rechtsstaatlichkeit, Klimawandel und erneuerbare Energien, Geschlechtergleichstellung und soziale Inklusion sowie nachhaltiges Wirtschaftswachstum u.a. mittels Projekten zu Privatsektorförderung, Berufsbildung, Wasser- und Energiemanagement sowie Urbanisierung.
- U2. OAS: Gouvernanz, Rechtsstaatlichkeit, Bekämpfung von Korruption und Straflosigkeit, Menschenrechte, Demokratie.
- U3. Pazifikallianz: Nachhaltigkeit, Berufsbildung, Korruptionsbekämpfung, Digitalisierung, Wassermanagement, Katastrophenvorsorge.
- U4. CARICOM: Katastrophenvorsorge, Klimawandel und Erneuerbare Energien, Statistik.

V. Die Schweiz stärkt die **Handlungsfähigkeit regionaler Organisationen**.

- V1. Aktive Beteiligung an den Diskussionen und Entscheidungen des IDB-Verwaltungsrats und Wahrnehmung der Aufsichtsfunktion als Aktionärin.
- V2. Politische Unterstützung des lateinamerikanischen Multilateralismus mit Know-how-Transfer, auch im Rahmen des angestrebten Einsitzes im UNO-Sicherheitsrat.
- V3. Unterstützung der OAS-Wahlbeobachtungsmissionen, von OAS-Missionen zur Korruptionsbekämpfung und des OAS *Special Rapporteur for Freedom of Expression*.
- V4. Fortführung der Unterstützung der OAS *Mission to Support the Peace Process in Colombia* (MAPP/OAS).
- V5. Unterstützung der Interamerikanischen Kommission für Menschenrechte.
- V6. Zusammenarbeit mit den regionalen Organisationen CDEMA, CEPREDENAC und CAPRADE²¹ im Bereich Katastrophenvorsorge und -hilfe.

²¹ Caribbean Disaster Emergency Management Agency ([CDEMA](#)), Centro de Coordinación para la Prevención de los Desastres en América Central y República Dominicana ([CEPREDENAC](#)), Comité Andino para la Prevención y Atención de Desastres ([CAPRADE](#)).

5 Partner für die Umsetzung

Die Schweiz verfolgt in den Amerikas einen partnerschaftlichen Ansatz im Sinne von SDG 17 der UNO. Zur Wahrung ihrer Interessen und Förderung ihrer Werte arbeitet sie mit zahlreichen Akteuren zusammen. Dazu fördert sie Partnerschaften und Netzwerke mit Regierungen, Unternehmen, Wissenschaft und Organisationen der Zivilgesellschaft. In der Schweiz pflegt der Bundesrat einen «Whole-of-Switzerland»-Ansatz. Ein besonderes Augenmerk legt er auf Synergien mit dem IKRK, der Wissenschaft und den Genfer Zentren (GCSP, DCAF, GICHD).

Der Gaststaat

Der Gaststaat ist zentraler Partner für die aussenpolitische und aussenwirtschaftliche Zusammenarbeit. Er trägt die Hauptverantwortung für Reformen und gesellschaftlichen Wandel. Die Schweiz führt mit zahlreichen Staaten in Amerika regelmässige politische Dialoge. In Ergänzung dazu gibt es mit einigen Ländern auch Gemischte Wirtschaftskommissionen und/oder thematische Dialoge in den Bereichen Multilaterale Zusammenarbeit, Menschenrechte, Wissenschaft und Bildung oder Cyber. Auch mit anderen Staaten sucht sie verstärkt den politischen Dialog über Besuchsdiplomatie und ihr Vertretungsnetz vor Ort. Eine wichtige Rolle kommt den amerikanischen Vertretungen in Bern und Genf zu. Die Schweiz will alle 35 Staaten der Amerikas von den Vorteilen einer ständigen Präsenz in der Schweiz überzeugen. Derzeit sind 22 Staaten aus den Amerikas in der Schweiz vertreten.²²

Internationale und regionale Organisationen

Für die Umsetzung von Programmen greift die Schweiz auf Expertise und Ressourcen von internationalen Organisationen wie der UNO, der Weltbankgruppe oder dem IKRK sowie der unter 4.3 erwähnten regionalen Organisationen zurück. Neben der finanziellen Unterstützung dieser Organisationen stellt die Schweiz auch Expertinnen und Experten zur Verfügung, beispielsweise im Rahmen von Friedensmissionen oder Wahlbeobachtungen, aber auch aus dem Schweizerischen Korps für Humanitäre Hilfe (SKH). Sie legt Wert darauf, dass diese Organisationen klare Ziele und Handlungsspielräume haben, damit ihre Wirksamkeit und Effizienz überprüft und, wo nötig, verbessert werden können. In Genf basierte internationale Organisationen und deren Gremien, wie z.B. der Menschenrechtsrat, spielen eine wichtige Rolle für die Wahrung der Menschenrechte in der Region.

Drittstaaten

Mit den USA und Kanada führt die Schweiz regelmässig politische Dialoge zu Lateinamerika. Mit weiteren Ländern wie Argentinien, Brasilien oder Mexiko tauscht sich die Schweiz hinsichtlich der Region aus und kooperiert in Bereichen von gemeinsamem Interesse. Im Rahmen der OAS hat die Schweiz zur Förderung des [Montreux-Dokument](#) über die Verpflichtungen von Staaten bezüglich der Aktivitäten von privaten Militär- und Sicherheitsfirmen in der Region mit Kanada und Costa Rica zusammengearbeitet. Die Vertretungen von *like-minded*-Staaten sind ebenfalls wichtige Partner der Schweizerischen Botschaften vor Ort, z.B. im Menschenrechts- und Wirtschaftsbereich.

²² Argentinien, Bolivien, Brasilien, Chile, Costa Rica, Dominikanische Republik, El Salvador, Ecuador, Guyana, Honduras, Jamaika, Kanada, Kolumbien, Kuba, Mexiko, Nicaragua, Panama, Paraguay, Peru, Uruguay, USA, Venezuela.

Private Organisationen

Die Zusammenarbeit zwischen Staaten allein reicht nicht aus, um den vielfältigen Herausforderungen auf dem amerikanischen Kontinent zu begegnen. Um politische Stabilität und Reformen zu fördern oder die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen zu verbessern, haben die Privatwirtschaft, die Wissenschaft und die Zivilgesellschaft eine entscheidende Rolle inne. Hier lassen sich Synergien mit Schweizer Akteuren zwecks Transfer von Erfahrung und Know-how schaffen.

Der Privatsektor

Für private Unternehmen ist ein stabiles internationales und nationales Umfeld zur Erreichung ihrer Ziele wichtig. Somit bestehen gemeinsame Interessen: Frieden und Sicherheit, Rechtsstaatlichkeit (einschliesslich Schutz der Menschenrechte), gute und stabile Regierungsführung, eine leistungsfähige Infrastruktur (Landes- und Luftinfrastruktur, Energieversorgung, Wasser und Ernährung, Telekommunikation, Bildung, Gesundheit, gut ausgebildete Arbeitskräfte usw.) sind unentbehrliche Rahmenbedingungen für eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung und die Schaffung von Wohlstand.

Zahlreiche Schweizer Firmen sind in Nord- und Lateinamerika tätig und schaffen viele Arbeitsplätze guter Qualität. Sie leisten einen Beitrag an den lokalen Wohlstand und verbessern in Lateinamerika die Perspektiven der Menschen vor Ort. Mit verantwortungsvoller Unternehmensführung unterstützen viele die nachhaltige Entwicklung und den Schutz der Menschenrechte. Auch für die Entwicklungszusammenarbeit ist der Privatsektor ein wichtiger Partner. Die SIFEM wiederum stärkt durch Risikokapital-Investitionen in lokale Fondsmanager den lokalen Privatsektor.

Die Zusammenarbeit mit dem Privatsektor wird in den nächsten Jahren verstärkt, namentlich im Bereich der Berufsbildung. Die Schweiz partizipiert beispielsweise mit Expertise am jährlichen und von einem Schweizer Unternehmen finanzierten Jugendgipfel der Pazifik-Allianz zwecks Förderung der dualen Ausbildung von Jugendlichen.

Wissenschaft und Thinktanks

Die Schweiz steht mit ihren weltweit anerkannten Hochschulen an vorderster Stelle bezüglich Forschungskapazitäten, Innovation, neuen Technologien, Managementinstrumenten und Dienstleistungen. Swissex Standorte in den USA und Brasilien sowie Wissenschaftsrätinnen und -räte an den Schweizer Botschaften unterstützen die Vernetzung von Schweizer Hochschulen und Forschungsanstalten mit solchen in ihren Gastländern. Ein besonderes Augenmerk gilt hierbei der Förderung der Start-up-Szene und wissenschaftlicher Nachwuchskräfte.

Im Bereich der internationalen Forschungs- und Innovationszusammenarbeit fungiert die Universität St. Gallen als *Leading House* für die wissenschaftliche und technologische Zusammenarbeit mit Lateinamerika. Schweizer BFI-Akteure unterhalten vielzählige *Bottom-up*-Kooperationen mit Partnern in der Region.

Vor allem in den USA besteht eine hochentwickelte Thinktank-Szene für die Zusammenarbeit und den Austausch in einem äusserst breiten Spektrum von nationalen, regionalen und globalen Themen. Eine Zusammenarbeit mit solchen Thinktanks kann auch dazu beitragen, das Wissen über die Schweiz in den USA zu vertiefen.

NGOs

Die Schweiz arbeitet in zahlreichen Kontexten mit lokalen, schweizerischen und internationalen Nichtregierungsorganisationen (NGO) zusammen. Je nach institutioneller Schwerpunktsetzung engagieren sich diese für Humanitäre Hilfe in Krisengebieten und/oder fördern den Menschenrechtsdialog sowie die Partizipation marginalisierter Gruppen. Thematisch stehen Gesundheit, Bildung, Wasser, Biodiversität und Klimawandel sowie Frieden im Mittelpunkt. Viele Schweizer NGOs sind seit langen Jahren in LAK präsent und arbeiten eng mit der lokalen Zivilgesellschaft zusammen. Sie stehen in periodischem Austausch mit dem Schweizer Aussennetz vor Ort.

Die Schweiz überprüft den Einsatz der Mittel, die Kohärenz mit ihren aussenpolitischen Zielen und die Zielerreichung mittels interner und externer Kontrollmechanismen. Diese Evaluation ist eine ständige Aufgabe.

Anhang 1: Landkarte mit Vertretungsnetz





Winnipeg

Plymouth

Québec

Ottawa

Montreal

Halifax

Toronto

Boston

Chicago

Detroit

Shaker Heights

New York

Philadelphia

Washington, D.C.

Indianapolis

Oklahoma City

Dallas

Fort Mill

Atlanta

Houston

New Orleans

Orlando

Bahamas

Miami

Nassau

Haiti

Kuba

Havana

Dominikanische Republik

Belize

Cancun

Jamaika

Port-au-Prince

Kingston

Santo Domingo

Puerto Rico

San Juan

Basseterre

Saint Kitts and Nevis

Saint Paul

Antigua und Barbuda

Dominica

Santa Lucia

Barbados

Grenada

Trinidad und Tobago

Guyana

Suriname

Guatemala

Guatemala City

San Salvador

El Salvador

Costa Rica

Nicaragua

Managua

San José

Panama

Panama City

Venezuela

Cartagena

Maracaibo

Caracas

Medellin

Bogotá

Cali

Kolumbien

Ecuador

Quito

Brasilien

Guayaquil

Anhang

43



Anhang 2:

Abkürzungsverzeichnis

ALADI	Lateinamerikanische Integrationsvereinigung (<i>Asociación Latinoamericana de Integración</i>)	EITI	Initiative für Transparenz im rohstoffgewinnenden Sektor (<i>Extractive Industries Transparency Initiative</i>)
ALBA	Bolivarianische Allianz für [die Völker unseres] Amerika (<i>Alianza Bolivariana para los Pueblos de Nuestra América</i>)	EU	Europäische Union
APS 20–23	Aussenpolitische Strategie 2020–2023	FARC	Revolutionäre Streitkräfte Kolumbiens (<i>Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia</i>)
ASEAN	Verband Südostasiatischer Nationen (<i>Association of Southeast Asian Nations</i>)	FHA	Freihandelsabkommen
AVIS 2028	Aussenpolitische Vision Schweiz 2028	G7	Gruppe der 7
BFI	Bildung, Forschung und Innovation	G20	Gruppe der 20
BIP	Bruttoinlandprodukt	GCSP	<i>Geneva Centre for Security Policy</i>
CAPRADE	Anden-Komitee für Katastrophenvorsorge und -bewältigung (<i>Comité Andino para la Prevención y Atención de Desastres</i>)	GICHD	Internationales Zentrum für humanitäre Minenräumung (<i>Geneva International Centre for Humanitarian Demining</i>)
CARICOM	Karibische Gemeinschaft (<i>Caribbean Community and Common Market</i>)	GESDA	<i>Geneva Science and Diplomacy Anticipator</i>
CBD	Übereinkommen über die biologische Vielfalt (<i>Convention on Biological Diversity</i>)	ICAO	Internationale Zivilluftfahrtorganisation (<i>International Civil Aviation Organization</i>)
CDEMA	Karibische Agentur für Katastrophenschutz (<i>Caribbean Disaster Emergency Management Agency</i>)	IDB	Interamerikanische Entwicklungsbank (<i>Inter-American Development Bank</i>)
CELAC	Gemeinschaft der Lateinamerikanischen und Karibischen Staaten (<i>Comunidad de Estados Latinoamericanos y Caribeños</i>)	IKRK	Internationales Komitee vom Roten Kreuz
CEPRENAC	Koordinationszentrum für Katastrophenschutz in Zentralamerika und der Dominikanischen Republik (<i>Centro de Coordinación para la Prevención de los Desastres en América Central y República Dominicana</i>)	ISA	Investitionsschutzabkommen
Covid-19	Coronavirus-Krankheit-2019 (<i>Coronavirus disease 2019</i>)	IWF	Internationaler Währungsfonds
CSR	Unternehmerische Gesellschaftsverantwortung (<i>Corporate Social Responsibility</i>)	IZA	Internationale Zusammenarbeit
DBA	Doppelbesteuerungsabkommen	LAK	Lateinamerika und Karibik
DEZA	Direktion für Entwicklungszusammenarbeit im EDA	MAPPOAS	Mission zur Unterstützung des Friedensprozesses in Kolumbien/Organisation Amerikanischer Staaten (<i>Misión de Apoyo al Proceso de Paz en Colombia/Organización de los Estados Americanos</i>)
EDA	Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten	MERCOSUR	Gemeinsamer Markt Südamerikas (<i>Mercado Común del Sur</i>)
EFTA	Europäische Freihandelsassoziation (<i>European Free Trade Association</i>)	MoU	Absichtserklärung (<i>Memorandum of Understanding</i>)
		NAFTA	Nordamerikanisches Freihandelsabkommen (<i>North American Free Trade Agreement</i>)
		NATO	Nordatlantikvertrags-Organisation (<i>North Atlantic Treaty Organization</i>)
		NGO	Nichtregierungsorganisation (<i>Non-Governmental Organisation</i>)

OAS	Organisation Amerikanischer Staaten (<i>Organization of American States</i>)	SERV	Schweizerische Exportrisikoversicherung
OECD	Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (<i>Organisation for Economic Co-operation and Development</i>)	SG-E	Switzerland Global Enterprise
OSZE	Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa	SICA	Zentralamerikanisches Integrationssystem (<i>Sistema de la Integración Centroamericana</i>)
PCSC	Verhütung und Bekämpfung schwerer Kriminalität (<i>Preventing and Combating Serious Crime</i>)	SKH	Schweizerisches Korps für Humanitäre Hilfe
PROSUR	Forum für den Fortschritt und die Entwicklung Südamerikas (<i>Foro para el Progreso y Desarrollo de América del Sur</i>)	UNASUR	Union Südamerikanischer Nationen (<i>Unión de Naciones Suramericanas</i>)
PRS	Präsenz Schweiz	UNHCR	Hochkommissar der Vereinten Nationen für Flüchtlinge (<i>United Nations High Commissioner for Refugees</i>)
SBFI	Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation	UNO	Organisation der Vereinten Nationen (<i>United Nations Organization</i>)
SBGI	Swiss Better Gold Initiative	USD	US-amerikanischer Dollar (<i>United States Dollar</i>)
SBH	Swiss Business Hub	USMCA	USA-Mexiko-Kanada-Abkommen (<i>United States-Mexico-Canada Agreement</i>)
SDG	Ziele für nachhaltige Entwicklung (<i>Sustainable Development Goals</i>)	WADA	Welt-Anti-Doping-Agentur (<i>World Anti-Doping Agency</i>)
SECO	Staatssekretariat für Wirtschaft	WTO	Welthandelsorganisation (<i>World Trade Organisation</i>)

Anhang 3: Glossar

Agenda 2030: Die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung bildet mit ihren 17 Zielen einen globalen Referenzrahmen bezüglich der drei untrennbaren Dimensionen Wirtschaft, Umwelt und Gesellschaft. Die Schweiz anerkennt die Agenda 2030 als wichtigen Orientierungsrahmen. Als solcher ist diese zwar kein bindender gesetzlicher Rahmen, aber ein Mittel zur politischen Zielsetzung und Meinungsbildung sowohl für Innen- wie auch Aussenpolitik.

Asset recovery: Dies beschreibt den Prozess der Rückführung (auch: Restitution) von unrechtmässig durch Korruption oder andere Verbrechen erworbenen Vermögenswerten. Durch den Abschluss bilateraler Rückführungsmodalitäten im Einzelfall kann zudem sichergestellt werden, dass die Gelder im Herkunftsland für die Verbesserung der Lebensbedingungen der Bevölkerung eingesetzt werden. Die Schweiz bekennt sich damit zum Kampf für Rechtsstaatlichkeit und Transparenz sowie gegen Korruption und die Platzierung von inkriminierten Vermögenswerten auf dem Schweizer Finanzplatz.

Aussenpolitik: Sie gestaltet die Beziehungen eines Staates zu anderen Staaten und internationalen Organisationen und wahrt dessen Interessen im Ausland. Die Aussenpolitik umfasst verschiedene Bereiche wie zum Beispiel Handels-, Umwelt-, Sicherheits-, Entwicklungs- und Kulturpolitik. In der Schweiz ist der Gesamtbundesrat für die Aussenpolitik zuständig. Das EDA hat den Auftrag, die Aussenpolitik zu koordinieren und die Kohärenz mit den anderen Departementen sicherzustellen (vgl. Kohärenz).

AVIS 2028: Der 2019 veröffentlichte Bericht «Vision für die Schweizer Aussenpolitik 2028» (AVIS 2028) wurde von einer durch Bundesrat Ignazio Cassis eingesetzten ranghohen Arbeitsgruppe erarbeitet. Er stellt für das EDA eine Inspirationsquelle für die Weiterentwicklung der Aussenpolitik dar, indem er politische, ökologische, technologische und gesellschaftliche Treiber des Wandels analysiert und daraus mittelfristige Folgen für die Schweizerische Aussenpolitik ableitet.

Bilateralismus: Werden aussenpolitische Fragen zwischen zwei Parteien besprochen oder verhandelt, spricht man von Bilateralismus. Sind es mehrere Parteien, von Multilateralismus (vgl. Multilateralismus).

Cybersicherheit: Sie befasst sich mit allen Aspekten der Sicherheit in der Informations- und Kommunikationstechnik. Dies umfasst die gesamte mit dem Internet und vergleichbaren Netzen verbundene Informationstechnik und schliesst darauf basierende Kommunikation, Anwendungen, Prozesse und verarbeitete Informationen mit ein. Durch internationale Kooperation von staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren im Bereich Cybersicherheit soll ein offener, freier und stabiler Cyberraum geschaffen und geschützt werden. Mit ihr kann auch das Risiko von Cyberangriffen zwischen Staaten reduziert werden.

Diaspora: Als Diaspora werden heute nationale, kulturelle, religiöse oder ethnische Minderheiten bezeichnet, welche ihr Herkunftsland unfreiwillig oder freiwillig verlassen haben und sich an neuen Orten niedergelassen haben. Charakteristisch ist dabei, dass sie sich mit ihrer Heimat und Gemeinschaft noch immer stark verbunden fühlen. Die Staaten des amerikanischen Doppelkontinents sind in unterschiedlichem Masse sowohl Ziel- wie auch Herkunftsländer von Diaspora.

Digitalisierung: Sie beinhaltet die Integration von allen elektronischen Daten und Anwendungen in Gesellschaft, Staat und Wirtschaft. Die Digitalisierung umfasst eine breite Palette von digitalen Anwendungen wie neue Kommunikationstechnologien, Robotik, *Cloud-Computing*, *Big-Data-Analyse*, künstliche Intelligenz, das Internet der Dinge usw. Sie durchdringt weite Bereiche unseres alltäglichen Lebens und verändert diese teilweise grundlegend.

Extractive Industries Transparency Initiative (EITI): Eine Allianz aus Regierungen, NGOs und Unternehmen hat sich mit der 2003 gegründeten Multi-Stakeholder-Initiative EITI zum Ziel gesetzt, die Einnahmen aus dem Rohstoffsektor in Entwicklungsländern transparenter zu machen. Durch die Offenlegung von Informationen wie Fördermengen, Lizenzen und Steuerzahlungen im Öl-, Gas- und Minengeschäft können Korruption vorgebeugt und Praktiken der good governance gestärkt werden. Damit soll erreicht werden, dass die Einnahmen aus Bodenschätzen vermehrt zum Wohl der jeweiligen Bevölkerung eingesetzt werden.

Friedensförderung: Zur zivilen Friedensförderung gehören Beiträge zur Prävention, Entschärfung oder Lösung von Gewaltkonflikten, namentlich durch Vertrauensbildung, Vermittlung und die Förderung des humanitären Völkerrechts und der Menschenrechte (vgl. humanitäres Völkerrecht, Menschenrechte). Friedensbildende Aktivitäten nach Beendigung von gewaltsamen Auseinandersetzungen beinhalten unter anderem Vergangenheitsarbeit, Beiträge zur Förderung demokratischer Prozesse und Wahlen sowie zur Stärkung der Menschenrechte. Die Friedensförderung schafft bzw. stärkt die für eine nachhaltige Entwicklung notwendigen Rahmenbedingungen. Sie umfasst sowohl zivile als auch militärische Massnahmen.

Gaststaat: Der Begriff bezeichnet ein Land, das Sitzstaat von ausländischen Vertretungen (Botschaften, Missionen, Konsulaten) oder internationalen Organisationen ist. Die Schweiz – insbesondere der Standort Genf (vgl. internationales Genf) – beherbergt eine Vielzahl von internationalen Organisationen.

Gute Dienste: Sammelbegriff für die Bemühungen einer Drittpartei zur friedlichen Beilegung eines Konflikts zwischen zwei oder mehreren Staaten. Die Guten Dienste der Schweiz bestehen aus drei Bereichen: Schutzmachtmandate, die Schweiz als Gaststaat von Friedensverhandlungen und die Schweiz als Mediatorin und Fazilitatorin sowie als Unterstützerin von Mediations- und Verhandlungsprozessen. Gute Dienste reichen von technischer oder organisatorischer Unterstützung (zum Beispiel Bereitstellen eines Konferenzortes) über Vermittlungsdienste bis hin zur Teilnahme an internationalen Friedensprozessen.

Gouvernanz (gute Regierungsführung): Diese beschreibt eine demokratische, effiziente und wirksame Regierungsführung zum Nutzen aller Bürgerinnen und Bürger. Dazu gehören u.a. politische Entscheidungsfindung im Rahmen transparenter, partizipativer Prozesse; klar aufgeteilte Verantwortlichkeiten; wirksame öffentliche Dienstleistungen; ein zugängliches, professionelles, unabhängiges und rechtstaatliches Rechtssystem und politische Kontrolle durch eine kritische Öffentlichkeit.

Green Economy: Der Begriff beschreibt eine emissionsarme, ressourcenschonende und sozial inklusive Wirtschaftsweise. Private und öffentliche Investitionen werden dabei in jene Bereiche gelenkt, welche eine nachhaltige Entwicklung allen drei Dimensionen (ökologisch, ökonomisch, sozial) vorantreiben.

Humanitäres Völkerrecht: Das humanitäre Völkerrecht regelt die Kriegsführung und schützt die Opfer von bewaffneten Konflikten. Es kommt in allen internationalen und nichtinternationalen bewaffneten Konflikten zur Anwendung, unabhängig von Legitimation oder Ursache der Gewaltanwendung.

Internationale Organisation: Internationale Organisationen sind ein auf Dauer ausgelegter Zusammenschluss von mindestens zwei Staaten. Sie sind mit der selbständigen Wahrnehmung eigener Aufgaben betraut und deshalb mit mindestens einem Organ ausgestattet, durch das sie handeln. Sie beruhen in der Regel auf einem multilateralen Gründungsvertrag (auch Statut oder Charta genannt), der den Aufgabenbereich und die Organe der Organisation festlegt.

Internationales Genf: Genf ist Herz des multilateralen Systems und europäischer UNO-Hauptsitz. 42 internationale Organisationen, Programme und Fonds sowie 177 Staaten und 750 NGO sind vertreten. Das internationale Genf bietet rund 31'000 Menschen Arbeit und steuert über 11 Prozent zum BIP des Kantons bei (1 % des Schweizer BIP). Jährlich finden ca. 3'500 internationale Konferenzen in Genf statt; Hauptthemen sind 1) Frieden, Sicherheit, Abrüstung; 2) Humanitäre Hilfe und humanitäres Völkerrecht, Menschenrechte, Migration; 3) Arbeit, Wirtschaft, Handel, Wissenschaft, Telekommunikation; 4) Gesundheit; 5) Umwelt und nachhaltige Entwicklung.

Internationale Zusammenarbeit (IZA): Sämtliche Instrumente der Humanitären Hilfe, der Entwicklungszusammenarbeit sowie der Förderung des Friedens und der menschlichen Sicherheit, die vom EDA und vom WBF eingesetzt werden.

Irreguläre Migration: Wanderungsbewegung unter Verletzung der Gesetze und Verordnungen oder der internationalen Abkommen über die Einreise in ein Transit- oder Zielland und die Ausreise aus diesem Land.

Kohärenz: Der Begriff bezieht sich auf das möglichst widerspruchsfreie Zusammenspiel der verschiedenen Politikbereiche eines Landes.

Leading House: Im «Leading House»-Modell sind ausgewählte Schweizer Hochschulen vom SBFJ mandatiert, im Rahmen der bilateralen Programme Kooperationsinstrumente für Anschubfinanzierungen und innovative Pilotprojekte zu errichten. Die Universität St. Gallen (HSG) ist in der Förderperiode 2021–2024 als Leading House für Lateinamerika mandatiert.

Menschenrechte: Die Menschenrechte sind angeborene und unveräusserliche Rechte, die ohne Unterschied allen Menschen rein aufgrund ihres Menschseins zustehen. Sie sind zentral für den Schutz der menschlichen Würde, der physischen und psychischen Integrität und eine wichtige Grundlage für die Entwicklung eines jeden Einzelnen. Sie sind Garanten einer Gesellschaft, die auf der Verpflichtung zur Achtung der Rechte des Einzelnen gründet. Sie gelten sowohl in den internationalen Beziehungen als auch in der nationalen Politik. Die Menschenrechte sind universell, unteilbar und stehen untereinander in engem Zusammenhang. Jeder Staat ist verpflichtet, die Menschenrechte zu respektieren, zu schützen und umzusetzen.

Multilateralismus: Man spricht von Multilateralismus, wenn Fragen von öffentlichem Interesse zwischen mehr als zwei Staaten diskutiert und verhandelt werden. Internationale Organisationen und Gremien wie die UNO, die OSZE und der Europarat sind Bühnen für solche Diskussionen. Der Multilateralismus erlaubt es der Schweiz, über Allianzen eine Hebelwirkung zu erzielen und die Möglichkeiten der Einflussnahme zu vervielfachen. Werden aussenpolitische Fragen nur zwischen zwei Parteien besprochen oder verhandelt, spricht man hingegen von Bilateralismus.

Nachhaltigkeit: Auf Basis der Verfassung sorgt die Schweiz für eine nachhaltige Entwicklung. Sie definiert diese gemäss der Brundtland-Kommission von 1987 als Entwicklung, welche «die Bedürfnisse der Gegenwart befriedigt, ohne zu riskieren, dass künftige Generationen ihre nicht befriedigen können». Das Prinzip wurde im Jahr 2015 durch die Agenda 2030 mit 17 Zielen konkretisiert (vgl. Agenda 2030).

Nichtregierungsorganisation: Jede gemeinnützige private Einrichtung, die auf lokaler, nationaler oder internationaler Ebene organisiert ist, um gemeinsame Ziele und Ideale zu verfolgen, ohne dass eine bedeutende staatlich kontrollierte Beteiligung oder Vertretung besteht. NGO sind Teil der Zivilgesellschaft (vgl. Zivilgesellschaft).

Privatsektor: Der Privatsektor umfasst Akteure, die nicht mehrheitlich dem Staat gehören und die gewinnorientiert sind. Im Rahmen dieser Strategie umfasst der Begriff des Weiteren auch Sozialunternehmen, wirkungsorientierte Investoren und gewisse Förderstiftungen (insbesondere jene multinationalaler Unternehmen).

Pro Helvetia: Die öffentlich-rechtliche Stiftung Pro Helvetia fördert seit 1939 im Auftrag der Eidgenossenschaft das künstlerische Schaffen und den kulturellen Austausch innerhalb der Schweiz sowie die Verbreitung von Kunst- und Kulturschaffen aus der Schweiz weltweit. In den USA unterstützt sie das Swiss Institute in New York. 2021 erfolgte die Eröffnung einer weiteren Aussenstelle in Südamerika, mit Standorten in Santiago de Chile (Leitung), São Paulo, Buenos Aires und Bogotá.

Protektionismus: Aussenhandelspolitik, die z.B. durch Schutz-zölle oder Einfuhrbeschränkungen dem Schutz der inländischen Wirtschaft dienen soll.

Swiss Better Gold Initiative (SBGI): Die Swiss Better Gold Initiative wurde 2013 als öffentlich-private Partnerschaft vom Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO) und der Swiss Better Gold Association (SBGA), einer Vereinigung des Schweizer Goldsektors, Raffinerien, Verarbeitern und Finanzinstituten, geschaffen. Sie hat sich zum Ziel gesetzt, durch Preisanreize die Nachfrage nach dem Abbau und dem Erwerb von nachhaltig geschürftem Gold zu erhöhen. Das durch die SBGI zertifizierte, aus kleinen Minen stammende Gold kann zudem zu seinem Ursprungsort zurückverfolgt werden, was zur Vorbeugung von Korruption und Menschenrechtsverletzungen beitragen soll. Beginnend in Peru, wurde die SBGI mittlerweile auch auf Kolumbien und Bolivien ausgeweitet.

Swiss Business Hubs: Die 23 Business Hubs (5 davon in den Amerikas) stellen die internationale Präsenz der Organisation Swiss Global Enterprise sicher, welche im Auftrag des Bundes die Förderung des Schweizerischen Aussenhandels zum Ziel hat.

Swissnex: Swissnex ist das weltweite Netzwerk der Schweiz für Bildung, Forschung und Innovation. Swissnex unterstützt seine Partner bei der internationalen Vernetzung und ihrem Engagement im Austausch von Wissen, Ideen und Talenten. Dadurch wird die Ausstrahlung der Schweiz als Innovations-Hotspot gestärkt. In den Amerikas unterhält Swissnex Standorte in Boston, New York, San Francisco, Rio de Janeiro, São Paulo sowie Wissenschaftsrätinnen und Wissenschaftsräte in Ottawa, Vancouver, Washington und Brasília.

UNO-Sicherheitsrat: Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen setzt sich aus fünf permanenten Mitgliedern (USA, Vereinigtes Königreich, Frankreich, Russland, China) und zehn nichtständigen Mitgliedern zusammen. Er setzt sich für die Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit ein. Die Schweiz kandidiert aktuell für einen Einsitz für die Jahre 2023–2024.

Völkerrecht: Das Völkerrecht entsteht im Zusammenwirken der Staaten und regelt das Zusammenleben zwischen ihnen. Es ist Grundlage für Frieden und Stabilität und zielt auf den Schutz und das Wohl der Menschen ab. Völkerrecht umfasst so unterschiedliche Bereiche wie Gewaltverbot, Menschenrechte, Schutz der Menschen bei Kriegen und Konflikten (vgl. humanitäres Völkerrecht), die Verhinderung und Strafverfolgung von Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Genozid, transnationaler organisierter Kriminalität und Terrorismus. Zudem regelt es Bereiche wie Umwelt, Handel, Entwicklung, Telekommunikation oder Transportwesen. Aufgrund der Souveränität der Staaten gilt das Völkerrecht für jeden Staat nur soweit, als er zugestimmt hat, bestimmte internationale Verpflichtungen zu übernehmen. Ausgenommen ist das zwingende Völkerrecht, das grundlegende Normen beinhaltet, über die sich kein Staat hinwegsetzen darf, zum Beispiel das Genozidverbot. Das Völkerrecht gilt auch im digitalen Raum.

Wissenschaftsdiplomatie: Der Begriff bezieht sich unter anderem auf die Nutzung der wissenschaftlichen Zusammenarbeit zwischen Staaten, um gemeinsame Probleme anzugehen und internationale Partnerschaften aufzubauen. An der Schnittstelle zwischen Wissenschaft, Technologie und Aussenpolitik kann eine wissenschaftliche Artikulierung von Problemstellungen und Zielsetzungen die Vertrauensbildung unterstützen und bilaterale sowie multilaterale Diskussionen befruchten. Die Wissenschaftsdiplomatie ist auch im Bereich der Digitalaussenpolitik ein wichtiger Ansatz bzw. Herangehensweise, speziell auch im multilateralen Bereich.

Zivilgesellschaft: Die Zivilgesellschaft umfasst denjenigen Teil der Gesellschaft, der sich relativ unabhängig von Staat und Privatsektor organisiert. Sie setzt sich aus Gruppen zusammen, die gemeinsame Interessen und Ziele verfolgen sowie Werte teilen. Dazu gehören NGOs, gemeinnützige Vereine und Stiftungen, Bürgergruppen, religiöse Organisationen, politische Parteien, Berufsverbände, Gewerkschaften, soziale Bewegungen und Interessengruppen.

Impressum

Herausgeber:
Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten EDA
3003 Bern
www.eda.admin.ch

Publikationsdatum:
16.02.2022

Gestaltung:
Team Audiovisuell, Kommunikation EDA, Bern

Titelbild:
Mario Botta: «Cumbre de las Americas» in Santa Cruz de la Sierra, Bolivien. Photo:
Pino Musi

Karten:
Die Darstellung von Grenzen und die Verwendung von Namen und Bezeichnungen
auf den Karten bedeutet nicht, dass die Schweiz diese
offiziell befürwortet oder anerkennt.

Bestellungen:
publikationen@eda.admin.ch

Diese Publikation ist auch auf Französisch, Italienisch, Englisch und Spanisch
erhältlich und kann heruntergeladen werden unter www.eda.admin.ch/strategien.

Bern, 2022 / © EDA

